



klassenkampf
frauenkampf
kommunismus

126

Oktober 2026
Fr. 3.— / € 3.—
www.aufbau.org

INVALIDENVERSICHERUNG Wer nicht leistet, ist wertlos	5
KUBA Solidarität jetzt	9
KOMMUNISTISCHER INFLUENCER Agitprop im Internet	12
FIFA Widerstand von unten bauen	13

SCHWEIZ

WIDERSTAND GEGEN DATENZENTREN

Der Aufstände der Allmende ist es zu verdanken, dass nun auch in der Schweiz energieintensive Infrastruktur, die z.T. mit Tech-Giganten liiert sind, ans Licht gezerzt werden können.

(agkk) Nicht nur in der Schweiz werden immer mehr Rechenzentren gebaut. Genaue Zahlen fehlen, doch laut Schätzungen sind es rund 120 Datenzentren. Pro Kopf gehört die Schweiz damit in Europa und vielleicht gar weltweit zu den Ländern mit der höchsten Dichte an Datenzentren. Angeheizt wird der Ausbau der digitalen Infrastruktur durch den Aufschwung der sog. künstlichen Intelligenz (KI).

Anfangs Juli 2026 trafen sich Gegner_innen der KI, organisiert durch Aufstände der Allmende (Ada), zu einem Aufbau eines einwöchigen Protestcamps in Benken (ZH), unter dem Motto «KI kurzschliessen». Der Kampf gegen Datacenter sei gerechtfertigt, mit allen verfügbaren Mitteln diese Kampfansage sorgte in den Medien für gewisse Aufregung.

Der Widerstand richtet sich exemplarisch für andere Standorte gegen den Bau des Datacenters der US-Firma Stack in Beringen (ZH) im Klettgau. Und nebst diesem Datacenter sind noch weitere in der Region geplant.

Ein solidarischer Landwirt stellte sein Land für das Widerstandscamp zur Verfügung. Doch schon bald nach dem Einrichten des Camps tauchte die Kapo auf, teil-

weise mit verummten Zivis, Hunden und Drohnen und begann das Camp zu räumen. Dazu brauchten sie nicht mal eine Verfügung der Gemeinde – ein rabiaten Vorgehen, um jegliche kritische Diskussion bereits im Keim zu ersticken. Sie kontrollierten die Leute vor Ort und deckten sie mit Wegweisungen ein, eine Person wurde auf den Bullenposten mitgenommen.

Die Ada liess sich trotz der Repression nicht einschüchtern und es gelang ihnen, innert kurzer Zeit in Deutschland, Tengen, in einem idyllisch gelegenen kleinen Tal, eine Örtlichkeit zu finden, wo das Camp mit all den Veranstaltungen, Workshops und Konzerten durchgeführt werden konnte.

Wir hoffen auch wie Ada, dass das erst ein Anfang war: Es gibt seit einiger Zeit weltweit Widerstand gegen Datacenter, diese konsumieren viel Strom, Land und Wasser und verursachen Abwärme (s. S.7).

Ein einziges großes Rechenzentrum kann so viel Strom verbrauchen wie eine Stadt mit 50.000 Einwohner_innen und benötigt Millionen Liter Wasser zur Kühlung. Da Rechenzentren viel Platz beanspruchen, werden sie oft in zuvor landwirtschaftlich genutzten Gebieten oder Naturlandschaften erbaut. Die lokalen Gemeinden verlieren so wichtige Ressourcen, während die Technologiekonzerne hohe Gewinne erzielen.

Die Bedingungen in der Schweiz sind für den Bau noch kaum geregelt – ein Schlaraffenland für die Tech-

firmen, ist doch die Strominfrastruktur bereits vorhanden, die sie auf Kosten der Bevölkerung nutzen können. Zudem sind hinter Betreibern der Datacenter oft Techfirmen, die u.a. auch Kriegstechnologien fördern (Drohnenindustrie) oder Arbeitsverhältnisse verschärfen (Amazon).

Der Fall der KI-Infrastruktur in der Schweiz zeigt das Wesen des Kapitalismus zum wiederholten Mal auf: Die materiellen, ökologischen und sozialen Voraussetzungen werden vergesellschaftet, während Kontrolle, Daten und Gewinne in den Händen weniger Tech-Konzerne verbleiben.

Dass Gegenentwürfe möglich sind, zeigen aktuelle politische Kämpfe. International formieren sich in Europa, z.B. den Niederlanden, in Deutschland, Frankreich, Irland, Italien, Grossbritannien und Spanien verschiedene Widerstandsbewegungen oder lokale Protestgruppen. Ebenso in den USA (vor allem in Virginia), aber auch in Indien (in Visakhapatnam gegen ein 15 Milliarden Rechenzentrum von Google). Bewegungen wie «Save Brick Lane» in London oder Proteste gegen Datacenter in den USA oder Spanien oder auch hier in der Schweiz demonstrieren, wie sich Anwohner_innen gegen die raumgreifende Übernahme ihrer Quartiere und Lebensgrundlagen durch Tech-Konzerne wehren.

Mehr dazu auf Seite 7

Inhalt

- 3 Militarisierung: Nukleare Proliferation
- 4 Streik: Wie haben Betriebskämpfe im Service Public Erfolg?
- 5 Sozialversicherung: Wie die IV Menschen nach ihrer Arbeitskraft bewertet – und wer dabei durchs Netz fällt
- 6 Ökonomie: Managementkontrollsysteme und Entfremdung im Kapitalismus
- 7 Ökonomie: Wie statistische Modelle den Kapitalismus anfeuern und die Klimakrise befeuern
- 8 Antikolonialer Marxismus: Kubas Sieg über die Apartheid
- 9 Kuba: «Meine Hoffnung liegt bei den Menschen»
- 10 Interview: «Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?»
- 11 Iran: Frauen Leben Freiheit – zu Besuch in einem Camp der Komala
- 12 Influencer: Podcasts, Kommunismus und Agitprop
- 13 Fussball: Eine Welt ohne die FIFA ist möglich
- 14 Spanischer Bürgerkrieg: Zum 90. Jubiläum der spanischen Revolution
- 15 Kulturtipps
- 16 Antiquariate: Vampire im Dienst der herrschenden Klasse

POLITISCHE GEFANGENE

Gino soll nicht ausgeliefert werden!

Die Secours Rouge Toulouse prangert das heute gefällte Urteil des Pariser Berufungsgerichts aufs Schärfste an, das die Auslieferung des Antifaschisten Gino nach Deutschland bestätigt. Nachdem er in Frankreich inhaftiert und von einer Auslieferung nach Ungarn bedroht war – was nach einer breiten Mobilisierung letztlich aufgehoben wurde –, bedeutet diese Entscheidung eine neue Episode in einer anhaltenden juristischen Hetzjagd gegen diesen Militanten, der wegen seiner Beteiligung an einer antifaschistischen Mobilisierung in Budapest im Februar 2023 gegen Neonazis (insbesondere deutsche) verfolgt wird. In der engen Zusammenarbeit mit Europol und der Europäischen Union zeigt die französische Justiz aufs Neue ihre Rolle in der Kriminalisierung des Antifaschismus. Es ist die nächste Episode, die – falls noch notwendig – unterstreicht, dass der französische Staat aktiv an der Verfolgung militanter Antifaschist:innen sowie zahlreicher fortschrittlicher und revolutionärer Kräfte mitwirkt.

Zusätzlich zeigt diese Entscheidung den Willen europäischer Staaten, die Solidarität zum Schweigen zu bringen und jene zu verfolgen, die aktiv gegen die Faschisierung kämpfen. Überall in Europa werden Antifaschist:innen verfolgt, weil sie die Selbstverteidigung und die Notwendigkeit einer vom Faschismus befreiten Gesellschaft praktisch verwirklichen. Angesichts dieser fortgesetzten Verfolgung haben die Anwält:innen von Gino sofort Kassationsbeschwerde eingelegt, so dass nun eine Frist von vierzig Tagen beginnt, innert der eine endgültige Entscheidung gefällt wird.

Die Secours Rouge Toulouse unterstützt Gino, seine Genoss:innen und die verschiedenen Aufrufe, die notwendige Unterstützung auszuweiten! Die Wut angesichts der Verkündung dieser Entscheidung muss uns dazu bewegen, unser solidarisches Engagement mit allen verfolgten Antifaschist:innen zu verstärken und auszubauen! Die Situation erfordert von uns, unsere Verantwortungen zu übernehmen: Front zu machen gegen den Staat, seine Repression und die fortdauernde Faschisierung!

Gino soll nicht ausgeliefert werden! Solidarität und Freiheit für alle Antifaschist:innen!

Secours Rouge Toulouse. 20.8.2026



Solidarität ist unsere Waffe

Rote Hilfe Schweiz ★ rotehilfeschweiz.org



Demonstration «No G7» vom 14.06.26 in Genf (kfk)

Editorial

(red) Die Räumung eines besetzten Hauses geht weit über den Verlust des physischen Raumes hinaus. Sie steht für einen Angriff auf ausserparlamentarische, antikapitalistische Räume insgesamt. Dort, wo Menschen sich revolutionär organisieren, Kultur jenseits der Verwertungslogik sowie verschiedenste Formen der Solidarität schaffen, werden die herrschenden Verhältnisse in Frage gestellt.

Diese Angriffe sind nicht isoliert zu betrachten sondern sind Ausdruck einer politischen Entwicklung, in der autoritäre Antworten auf Krisen an Boden gewinnen. Die Verteidigung eben dieser Räume war deshalb nie bloss eine Frage des Wohnens. Besetzte Häuser und selbstverwaltete Zentren können auch politische Treffpunkte sein, in denen Gegenmacht aufgebaut werden kann. Hier werden Kämpfe geführt und revolutionäre Perspektiven entwickelt, für ein Leben jenseits des Kapitalismus. Wer diese Räume räumt, verteidigt nicht einfach das Eigentum. Geräumt werden Räume einer möglichen Gegenmacht.

Doch Resignation ist die falsche Antwort. Denn die Geschichte linker selbstverwalteter Räume war nie eine Geschichte staatlicher Duldung, sondern eine Geschichte ihrer Aneignung und Verteidigung. Deshalb ist das hier kein Nachruf, sondern ein Auf- oder Weckruf. Denn wenn sich die Angriffe verschärfen, muss auch ihre Verteidigung entschlossener werden. Nicht aus Nostalgie. Wer den gesellschaftlichen Rechtsruck aufhalten will, muss auch jene Orte verteidigen, an denen revolutionäre Perspektiven entstehen können: Von Wut zu Widerstand, von Widerstand zur Organisation.

Für neue Leser_innen:

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf die Zerstörung des Planeten und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zielt der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

MILITARISIERUNG

Nukleare Proliferation

Vor dem Hintergrund des weltpolitischen Umbruchprozesses wird auch darum gerungen, wer künftig Zugang zu Atomwaffen hat. Gleichzeitig läuft die Stationierung von US-Atombomben in neuen Ländern, die Entwicklung einer Art nuklearer Teilhabe unter französischer Führung sowie die mögliche Entstehung neuer Atom-mächte.

(gpw) Bekanntlich verfügen gegenwärtig weltweit neun Staaten über Atomwaffen: Die Vereinigten Staaten von Amerika, Russland, Grossbritannien, Frankreich, die Volksrepublik China, Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea. Während acht der neun Atommächte ihre Atombewaffnung offiziell anerkennen, sind die Nuklearwaffen Israels gänzlich Geheimsache, deren Existenz vom zionistischen Staat prinzipiell nicht bestätigt werden. Die Geheimniskrämerei ist unter den Atommächten weit ausgeprägt, zumal das Unwissen darüber, was genau im jeweiligen atomaren Arsenal schlummert, die Wahrscheinlichkeit eines Angriffs durch einen Gegner reduzieren soll, weil dieser nie weiss, was zurückkommen könnte.

Es ist ebenso bekannt, dass das ein gefährliches Spiel mit dem Feuer ist. Situationen derart zugespitzter gegenseitiger Bedrohungen mit viel Unsicherheit brauchen wenig, um zu eskalieren. Die Fehlertoleranz geht gegen null. Entsprechend gab es immer wieder Anläufe, in irgendeiner Form unter den Atommächten Transparenz zu schaffen, in der Hoffnung, durch die damit einhergehende Reduktion in der gegenseitigen Unsicherheit das Potential für eine nukleare Eskalation zu reduzieren. Doch gegenwärtig geht die Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung. Das Ende des «New Start»-Abkommens im Februar 2026 zwischen den USA und Russland, die zusammen mehr als 80 Prozent der Atomwaffen weltweit besitzen, ist dafür symptomatisch. Beides – die Waffen wie das Abkommen – sind gewissermassen Erbe des Kalten Kriegs. Zuerst des Wettrüstens, dann des Tauwetters.

Mehr Atombomben für Europa

Unter den Atommächten stehen die Zeichen auf mehr strategische Ambiguität bezüglich der eigenen Bewaffnung bei gleichzeitigem Ausbau und Modernisierung der nuklearen Fähigkeiten. Emmanuel Macron, französischer Präsident, erklärte im März 2026, dass Frankreich ab sofort keine Zahlen über den eigenen Bestand mehr offenlegen und fortan die Anzahl nuklearer Sprengköpfe im Arsenal erhöhen werde. Seit 2021 gibt auch Grossbritannien keine genauen Zahlen mehr darüber bekannt, wieviele Sprengköpfe jeweils gelagert oder operativ einsatzfähig sind. Stattdessen verkündete die britische Regierung im Sommer 2025, dass sie von den USA F-35 Kampffjets kaufen werde, um im Rahmen der nuklearen Teilhabe der NATO die Fähigkeit zum luftgestützten Einsatz von Atomwaffen wieder zu erlangen. Gegenwärtig basiert die britische nukleare Abschreckung nämlich nur auf U-Booten, nachdem das eigenständige Atomwaffenprogramm der Royal Air Force (RAF) 1998 beendet wurde. Kurz nach der Ankündigung des bevorstehenden Kaufs wurden allem Anschein nach dazugehörige B61-Atombomben der USA auf den RAF-Stützpunkt Lakenheath verlegt.



Mitte Juli 2026 beschliessen Merz und Macron Schritte hin zum deutsch-französischen Einsatz von Nuklearwaffen

Damit wären im Rahmen der nuklearen Teilhabe US-Atomwaffen in sechs europäischen Ländern (zusätzlich: Belgien, Niederlande, Deutschland, Italien, Türkei) stationiert. Der Bombenbestand wurde in den vergangenen Jahren umfassend modernisiert. Die B61-12-Generation soll es gemäss Ankündigung der US-Regierung für die nächsten mindestens 20 Jahre richten. Parallel laufen NATO-Planspiele, die Teilhabe an US-Atomwaffen auf weitere Länder in Europa auszuweiten. Namentlich werden im Sommer 2026 Litauen, Finnland und Polen genannt, womit sich die nuklearen Arsenale der USA noch weiter in Richtung Osten und damit Russland verschieben würde. Gegeben der Instabilität des NATO-Bündnis wird aber ebenso darüber diskutiert, inwieweit sich das gegenwärtige Modell der nuklearen Teilhabe an US-Atombomben im NATO-Rahmen künftig überhaupt halten wird. Können Frankreich und Grossbritannien mit ähnlich gelagerten Programmen die Rolle der US-Atommacht ersetzen? Seit einem Jahr koordinieren sich die beiden europäischen Atommächte nach der «Northwood Declaration» in diesem Bereich enger als zuvor. Macron hat - nun wiederum in Eigenregie - anderen europäischen Ländern vorgeschlagen, auszuloten, wie eine Einbindung in die französische Nuklearstrategie aussehen könnte. Ein Vorstoss, der «komplementär» zur US-Teilhabe sein soll, natürlich aber in Konkurrenz dazu zu verstehen ist. Mit Deutschland soll es bereits in diesem Herbst eine entsprechende gemeinsame Militärübung geben.

Mehr Atombomben für die Welt

Das eine ist der Um- oder Ausbau der Bündnisse zwischen Atommächten und Nicht-Atommächten, der seinen Teil dazu beiträgt, die fragilen nuklearen Gleichgewichte zu verschieben. Das andere ist die Tatsache, dass es auch Verlautbarungen gibt, wonach sich Nicht-Atommächte neu nuklear hochrüsten wollen. In Polen äusserte sich Präsident Nawrocki im Frühjahr 2026 dahingehend, dass ein eigenständiges Atomwaffenprogramm von Nöten sei. Der türkische Aussenminister Fidan formulierte ungefähr zeitgleich, dass Veränderungen in der geostrategischen Lage denselben Schritt für die Türkei zur Folge haben könnte. Auch in Japan und Südkorea zirkulieren Vorschläge, die in diese Richtung gehen, wobei es noch keine offiziellen Verlautbarungen hochrangiger Politiker_innen gibt.

Natürlich ist der Weg von der Verlautbarung zum eigentlichen Programm weit. Nebst den jeweiligen innenpolitischen Hürden werden die bestehenden Atommächte kaum ohne weiteres die Entstehung neuer Mächte goutieren, zumal es die eigenen strategischen Vorteile reduzieren würde. Und dennoch spricht es Bände bezüglich der gegenwärtigen globalen Aufrüstungstendenz, dass nach Jahrzehnten der nuklearen Abrüstung nun die entgegengesetzte Richtung eingeschlagen wird. Verheissungsvoll ist das für die Zukunft nicht.

MERKE



Leuenberger in Action.



Einsatzleiter mit seiner Rambo-Gang.

STREIK

Wie haben Betriebskämpfe im Service Public Erfolg?

2027 soll es zu einer grossen feministischen Arbeitsniederlegung kommen – die Bewegung verfügt im Service Public und spezifisch im Care-Bereich über Verankerung. Ein Rückblick auf die Arbeitskämpfe bei der Post Oerlikon und beim Stadtbus Winterthur offenbart: Ein zentraler Faktor in der Auseinandersetzung ist die Meinung der Kund_innen, Patient_innen oder Passagier_innen. Es ist unentbehrlich, die betroffenen Nutzer_innen einzubeziehen.

(az) Die Zeichen stehen derzeit nicht gerade auf Arbeitskampf: Das sogenannte Entlastungspaket 27 soll die finanziellen Mittel im Bundeshaushalt freispielen, um die Armee zu alimentieren – dies auf Kosten der sozialen Infrastruktur, der Bildung oder anderen Budgetposten. Der Bund will kürzen. Der letztlich geopolitische Hintergrund davon – Europa will im imperialistischen Wettrennen seine Armeen einsatzfähig machen – hat lokale Auswirkungen. Kurz: Die Zeiten stehen im Service Public nicht auf Klassenkampf. Und wenn, dann eher von oben und mit dem Ziel Sozialabbau, obwohl in den letzten Jahren vereinzelt und punktuell der Widerstand in Form von Betriebskämpfen von unten aufgeflammt ist. Zeitgleich: Die feministische Bewegung etabliert den Streikbegriff und entsprechende Vorstellungen von Kampf und Widerstand im Bereich von bezahlter und unbezahlter Care-Arbeit. Mancherorts gehen die feministische und die gewerkschaftliche Bewegung Hand in Hand. In den Kantonen Waadt und Fribourg kämpften im vergangenen Jahr Lehrkräfte und Pflegepersonal im grösseren Stil. In der Deutschschweiz geht es kleinteiliger zu und her. Doch auch bei der Post in Oerlikon und bei Stadtbus Winterthur fanden Arbeitskämpfe statt – die Lehren aus diesen lokalen Auseinandersetzungen sind im Hinterkopf zu behalten, wenn 2027 der feministische Streik an Fahrt aufnehmen will. Wir schauen zurück.

Post Oerlikon: Gemeinsam stark!

Am Black Friday 2024 entschloss sich die Belegschaft der Paketzustellstelle Zürich-Oerlikon zu einer Protestpause. Sie ergriff die Initiative, um gemeinsam gegen die hohe Arbeitslast und für die Einhaltung der 42-Stunden-Woche zu kämpfen. Die Wahl dieses Tages war kein Zufall. Der Black Friday symbolisiert die Marketingoffensive des Onlinehandels, die die ohnehin prekären Arbeitsbedingungen in den Verteilzentren und der Zustellung weiter verschärft. Nach der Corona-Pandemie blieben die Paketmengen auf hohem Niveau. Die Arbeitsbelastung nahm ungebremst zu. Nach einer langen Phase hoher Arbeitsbelastung, tiefer Löhne und einer ersten erfolgreichen Kampferfahrung gegen Auslagerungen an Subunternehmen entstand im Betrieb eine Betriebsgruppe mit grossem Rückhalt in der Belegschaft. Diese Organisation war die Voraussetzung für einen Betriebskampf, der fast ein Jahr bis in den Spätherbst 2025 geführt wurde. Daraus entwickelte sich eine betriebliche Gegenmacht, die sich über Monate weit über den Betrieb hinaus manifestierte. Wir haben darüber immer wieder ausführlich berichtet (für mehr Informationen verweisen wir auf unser Dossier zu Kämpfen in der Logistik auf aufbau.org). Unterstützt wurde die Belegschaft von Gewerkschaftsfunktionär_innen, die den kämpferischen und konfrontativen Kurs stets mittrugen. Gleichzeitig entstand ein solidarisches Bündnis linker Gruppierungen mit starker Beteiligung des revolutionären Aufbaus. Mit Transparenten und Wandzeitungen entlang der Zustellrouten und direkt am Gebäude der Zustellstelle stärkten sie den Kampf der Beschäftigten. Kleber und Flyer wurden in tausende Briefkästen eingeworfen. Die Paketzusteller erfuhren grosse Solidarität der Kund_innen, da letztere den Kampf an den Briefkästen sichtbar machten. Dieser Betriebskampf steht exemplarisch für einen Kampf, der verschiedene Ebenen verband und so den nötigen Druck auf das Management aufbauen konnte.

Dass die Gewerkschaftsführung Syndicom die Belegschaft zur Rettung ihrer Sozialpartnerschaft schliesslich verriet, den Kampf delegitimierte und seine Erfolge kleinzureden versuchte, kam nicht überraschend, sondern reihte sich in die Erfahrungen vergangener Auseinandersetzungen ein, zuletzt bei der Presto Frühzustellung (vergleiche Aufbau 119). Umso wichtiger ist es, die erkämpften Erfolge sichtbar zu machen, zu feiern und aus den Erfahrungen zu lernen. Die ursprüngliche Forderung, die im GAV garantierte durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 42 Stunden betrieblich durchzusetzen, wurde zwar nicht vollständig erreicht. Der Kampf führte jedoch dazu, dass die Arbeitsbelastung in der gesamten Zustellorganisation der Post stärker thematisiert wird. Interne Überwachungssysteme wurden eingeführt, um die Arbeitsbelastung besser zu erfassen. Zudem machten die Auseinandersetzungen Manipulationen bei der Ar-

beit im öffentlichen Verkehr aussergewöhnlicher Schritt. Anlass waren die langjährige Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen und ausbleibende Verbesserungen. Im Zentrum standen Forderungen nach einer faireren Dienstplanung, insbesondere der Abschaffung sogenannter Ersatzdienste («ED-Dienste»), die für viele Fahrer_innen regelmässig zu Minusstunden führten. Zudem verlangten sie eine Nachtzulage bereits ab 20 Uhr statt wie bisher ab 22 Uhr. Der Streik war das Ergebnis einer starken Organisation. Rund zwei Drittel der Fahrer_innen waren gewerkschaftlich organisiert und beschlossen den Arbeitskampf gemeinsam. Bereits in der Nacht vor dem Streik versuchte die Unternehmensleitung, den Ausstand zu unterlaufen, indem Busse vorzeitig aus dem Depot gefahren wurden. Dies konnten die Streikenden und solidarische Unterstützer_innen grösstenteils verhindern. Das Depot wurde blockiert und der Busbetrieb erheblich eingeschränkt. Nur ein Drittel des Fahrplans konnte aufrechterhalten werden.

Während des Streiks zeigte sich die Entschlossenheit der Belegschaft. Ein Gespräch mit dem zuständigen Stadtrat kam erst nach längerem Zögern zustande, nachdem die Verantwortlichen die Forderungen wiederholt ignoriert oder hinausgezögert hatten. Die Fahrer_innen machten deutlich, dass sie bei ausbleibenden Zugeständnissen bereit seien, den Arbeitskampf auszuweiten. Der Warnstreik wurde von zahlreichen solidarischen Personen, linken Organisationen, dem Aufbau und von Gewerkschafter_innen aus anderen Verkehrsbetrieben unterstützt. Viele berichteten von vergleichbaren Problemen wie kurzfristigen Dienständerungen, unzureichenden Zulagen oder belastenden Arbeitszeitmodellen. Der Arbeitskampf in Winterthur wurde deshalb über den Betrieb hinaus als wichtiges Signal für bessere Arbeitsbedingungen im öffentlichen Verkehr wahrgenommen. Auch in der Bevölkerung stiess der Streik mehrheitlich auf Verständnis. Die kleinstädtische Stadtbusorganisation und eine wohl hohe Identifikation der Bevölkerung mit ihrem Stadtbus trugen sicherlich zu diesem Verständnis bei. Viele Fahrgäste unterstützten die Forderungen und zeigten sich solidarisch mit ihren Fahrer_innen, etwa dann, wenn sie ein Flugblatt von solidarischen Organisationen und Einzelpersonen bekamen. Der erfolgreiche Warnstreik stärkte das Selbstbewusstsein der Belegschaft und führte schliesslich zu konkreten Verbesserungen: Die Ersatzdienste wurden abgeschafft und die Nachtzulage auf 20 Uhr vorverlegt.

Kämpfe führen zu mehr Kämpfen

Die beiden Beispiele zeigen, wie wichtig die Solidarität der Adressat_innen für erfolgreiche Betriebskämpfe im Service Public ist. Sie eröffnet eine zusätzliche Front gegen das Management und stärkt gleichzeitig die Belegschaft. Doch diese Solidarität passiert nicht von alleine – sie muss organisiert werden. Dieser Faktor kann auch für den Care-Streik 2027 eine Lehre sein.

Betriebskämpfe sind in der Deutschschweiz zwar weiterhin eine Seltenheit. Gerade deshalb müssen ihre Erfahrungen geteilt und ihre Erfolge sichtbar gemacht werden. Denn dem verbreiteten Narrativ, Kämpfen lohne sich nicht, setzen wir eine andere Erfahrung und Orientierung entgegen: Entschlossene Organisation und solidarisches Handeln können konkrete Verbesserungen durchsetzen, unmittelbar im hier und jetzt.

Die Arbeitskämpfe bei der Post und bei Stadtbus Winterthur zeigen, dass bessere Arbeitsbedingungen nicht geschenkt werden, sondern kollektiv erkämpft werden müssen. Gerade im Service Public kann die Unterstützung der Bevölkerung den Druck auf Betriebe und Politik entscheidend erhöhen. Arbeitskämpfe gewinnen an Kraft, wenn betriebliche Forderungen als gesamtgesellschaftliche Anliegen sichtbar werden. Letztlich geht es darum, dass Arbeitskämpfe im Konkreten erfolgreich verlaufen. Denn das erhöht das Selbstvertrauen der organisierten Arbeiter_innenbewegung als Gesamtes. Nur Kämpfe führen zu mehr Kämpfen.



Wandbild in Solidarität mit den Kämpfenden der Paketzustellstelle Oerlikon

beitszeiterfassung sichtbar. Solche Eingriffe sind inzwischen in der Software für den gesamten Zustellbereich der Post verunmöglicht. Im Betrieb ist spürbar, dass die Arbeitsbelastung abgenommen hat. Gleichzeitig zeigt sich, dass dieser Erfolg nur Bestand hat, wenn weitergekämpft wird. Ein grosser Erfolg der kämpfenden Zusteller ist die Erfahrung, dass gemeinsames Handeln stärkt und Solidarität sowie Zusammenhalt eine Waffe sind. Die Parole «Gemeinsam sind wir stark!» hat sich in vielen Teilen der Belegschaft als ein Selbstverständnis verinnerlicht. Der betriebliche und öffentliche Druck beschädigte zudem das Image der Post als angeblich soziale Arbeitgeberin. Dass beide Standortleiter dem Druck nicht mehr standhielten und inzwischen gekündigt haben, wertet die Belegschaft ebenfalls als Erfolg. Die verhassten Manager sind weg. Die neuen kommen mit dem Wissen, dass sie auf eine organisierte und kämpferische Belegschaft treffen.

Stadtbus Winterthur: Ein Warnstreik mit Wirkung

Ein gutes Jahr nach Beginn des Arbeitskampfes bei der Post traten im März 2026 die Busfahrer_innen der Stadtbus Winterthur in einen vierstündigen Warnstreik –

SOZIALVERSICHERUNGEN

Wie die IV Menschen nach ihrer Arbeitskraft bewertet – und wer dabei durchs Netz fällt

In der Schweizer Sozialversicherungslandschaft ist die Invalidenversicherung eine der jüngeren Versicherungen. Seit ihrer Einführung 1960 wurde sie bereits sechs mal revidiert, aktuell ist die nächste Revision in Diskussion. Spardruck und politische Narrative erhöhen dabei den Druck auf bestimmte Personengruppen, die auf Unterstützung dringend angewiesen wären.

(az) Bereits im Landesstreik 1918 war die Einführung einer Invalidenversicherung eine Forderung der Streikenden. 1925 wurde daraufhin eine gesetzliche Grundlage zur Einführung von Sozialversicherungen geschaffen. Bis zur Einführung der AHV dauerte es daraufhin noch 22 Jahre, während die IV erst 1960 eingeführt wurde. Invalidität betrifft wesentlich weniger Personen in der Bevölkerung, daher die politischen Prioritäten.

Eine Versicherung für die Guterdienenden

Die IV hat die Aufgabe, die Auswirkungen von angeborenen Behinderungen oder Erkrankungen, die im Lauf des Lebens entstehen, abzuschwächen oder zu entschädigen. Aus Sicht der IV ist die wichtigste dieser Auswirkungen, ganz in der kapitalistischen Verwertungslogik, die Fähigkeit zu arbeiten. Die IV definiert denn auch Invalidität über die Erwerbsunfähigkeit: Die Invalidität einer Person wird bestimmt, indem verglichen wird, was sie mit und ohne gesundheitliche Beeinträchtigung für einen Lohn erwerben kann. Dies bestimmt den Invaliditätsgrad und damit, ob sie Anspruch auf eine Rente der IV hat. Daraus ergibt sich, dass jene Personen gut versichert sind, die viel verdienen. Ein Manager mit einem Jahreseinkommen von einer Million, der aufgrund einer Erkrankung neu «nur noch» 200'000 Franken pro Jahr verdient, ist zu 80% invalid und erhält damit eine ganze IV-Rente. Die Arbeiterin, die teilzeit arbeitet und dann aufgrund einer Erkrankung 2000 statt 3000 Franken pro Monat verdient, hat zu wenig Erwerbseinkünfte, um einen Anspruch auf eine Rente zu haben. Dies, obwohl ihr Einkommen nicht zum Leben reicht. Die Invalidität einer Person wird daran bemessen, wie viel Lohn sie bekommt. Invalidität ist in diesem Kontext ein wirtschaftlicher Begriff und hat nichts damit zu tun, wie stark eine körperliche oder psychische Einschränkung ist. Die Kritik an der IV beginnt denn oft auch schon bei ihrer Bezeichnung: Invalid bedeutet wertlos. In dieser Logik werden alle Menschen als wertlos definiert, die nicht arbeiten können.

Bei ihrer Einführung war beabsichtigt, dass die erste Säule der Schweizer Sozialversicherungen (also AHV und IV) existenzsichernd sein soll. Dieses Ziel wurde nie erreicht. Bei der IV zeigt sich dieses Problem besonders deutlich: Wer nur eine Teilrente erhält und immer wenig verdient hat, hat oft nur Anspruch auf einige hundert Franken pro Monat. Dies trifft insbesondere Personen, die nur teilzeit gearbeitet haben oder Personen in prekären Arbeitsverhältnissen. Weiter entsteht mit dem Anspruch auf eine Rente der IV in der Regel auch Anspruch auf eine Rente der Pensionskasse. Damit wird der Unterschied noch grösser: Wer eine gute Pensionskasse (PK) hat und ein Leben lang viel eingezahlt hat, erhält von der PK wesentlich mehr, als Personen, die bereits vor ihrer Erkrankung wenig verdient haben oder gar keine PK haben. Viele Personen mit IV-Rente haben zwar Anspruch auf Ergänzungsleistungen, die ein Existenzminimum sichern sollen. Gerade Personen mit Teil-IV-Renten bleibt aber unter Umständen dennoch nur der Gang aufs Sozialamt.

Eingliederung vor Rente

Die Eingliederung in den Arbeitsmarkt ist das oberste Ziel der IV. Dies insbesondere seit der 5. IV-Revision 2008. Dies ist für die Versicherten nicht zwangsläufig negativ: Die Möglichkeit, am Arbeitsmarkt teilzunehmen, empfinden viele Personen mit IV-Leistungen als existenziell. Personen, die davon ausgeschlossen sind, empfinden dies oft als grossen Statusverlust. Sie werden marginalisiert und verlieren ein wichtiges soziales Umfeld. Für die IV sind diese Faktoren allerdings höchstens zweitrangig. Für sie geht es bei der Eingliederung darum, Kosten zu sparen. Ein Handwerker, der nach einem Unfall umgeschult wird und neu in einem Büro arbeitet, ist für die IV ein Erfolg, unabhängig davon, ob ihm die Arbeit dort entspricht oder nicht. Er verdient etwas, also ist das Problem für die IV gelöst.

Dies zeigt sich aktuell insbesondere bei Menschen mit bestimmten psychischen Diagnosen. Sie werden von der IV oft in diversen Programmen darauf getrimmt, am Arbeitsplatz wieder einigermaßen zu funktionieren. Dies auch, wenn es für die Gesundheit langfristig kontraproduktiv ist: So lange sie ein Einkommen haben, ist das für die IV ein Erfolg.

Das Prinzip Eingliederung vor Rente zeigt sich auch bei diversen Hilfsmitteln. Die IV finanziert grundsätzlich Hilfsmittel, die Versicherte aufgrund einer Behinderung benötigen. Im Hilfsmittelkatalog der IV gibt es aber diverse, insbesondere teurere Hilfsmittel, die an eine Erwerbstätigkeit geknüpft sind. Ein teures Hörgerät zum Beispiel bezahlt die IV nur Versicherten, die Arbeitsfähig sind. Es ist wohl unbestritten, dass eine Person mit einer Hörbehinderung auch ein Hörgerät braucht, wenn sie nicht am Arbeitsplatz ist. Für die IV lohnt sich das Hörgerät aber nur, wenn sie damit die Kosten einer Rente senken oder einsparen kann.

Was man nicht sieht, zählt nicht

Unterschiedliche Behinderungen werden bei der IV unterschiedlich behandelt. Dies ist historisch gewachsen: Bereits vor der Einführung der IV gab es Ansätze der Behindertenhilfe. Unterstützung für Kriegsversehrte, später auch Arbeitsverunfallte. Auch beispielsweise die Blindenhilfe existiert seit Jahrhunderten. Die IV hat diese Bilder von Behinderung bis heute übernommen. So haben sichtbare Behinderungen, wie zum Beispiel eine Paraplegie oder Blindheit, einen vergleichsweise einfachen Zugang zu Leistungen der IV. Neben der Rente haben sie wesentlich einfacher weitere Unterstützungsleistungen als Personen mit unsichtbaren Erkrankungen. Ein Beispiel dafür ist das Chronic Fatigue Syndrom (ME/CFS), das erst seit kurzem, und aufgrund von viel politischer Arbeit der betroffenen Personen, überhaupt zu einer Rente der IV führen kann. Ebenso werden psychische Diagnosen tendenziell viel restriktiver gehandhabt: Eine Depression sieht man jemandem nicht an, der kausale Zusammenhang zu einer Arbeitsunfähigkeit ist viel schwerer nachzuweisen. In diesen Fällen ist die Hürde, eine Rente zu erhalten, daher oft viel höher.

Aktuelle Entwicklungen

Die IV ist aus historischen Gründen stark verschuldet. Sie hat aktuell etwa 10 Milliarden Schulden bei der AHV. Mit steigendem finanziellem Druck auf die AHV steigt damit auch der Druck auf die IV. Dies schlägt sich in aktuellen Entwicklungen nieder. Die jüngste IV-Reform, die diesen Herbst in die Vernehmlassung kommt, will denn auch die Zahl der Neurenten verkleinern. Ursprünglich plante der Bundesrat, Renten aufgrund psychischer Diagnosen grundsätzlich erst ab 30 Jahren zu sprechen. Im aktuellen Vorschlag soll die Berentung durch zusätzliche Integrationsmassnahmen verzögert oder verhindert werden. Gleichzeitig wird der Erwerbsersatz gekürzt. Wie die Reform letztendlich ausgestaltet wird, ist noch offen. Klar ist, dass jede Weiterentwicklung der IV mit dem primären Ziel der Kostensenkung nicht im Interesse derjenigen Personen ist, die dringend auf Unterstützung angewiesen sind.

Die IV ist eine Versicherung, die heute für viele Menschen überlebenswichtig ist. Gesellschaftliche und politische Kräfteverhältnisse, sowie die kapitalistische Verwertungslogik schlagen sich stark in ihrer Ausgestaltung nieder. So gab es beispielsweise die Diskussion rund um «Scheininvalide», die den Druck auf Leistungsbeziehende erhöht hat. Aktuell dominiert in der Diskussion die Unterfinanzierung der IV. Anstatt die IV finanziell besser abzusichern, resultiert daraus, quasi als Naturgesetz, ein Spardruck. Dieser trifft aktuell insbesondere Menschen mit psychischen Erkrankungen.



Anfänge der «Krüppelbewegung» in den 70er Jahren.

Behinderung

Der Begriff der Behinderung, der so auch in der Behindertenbewegung genutzt wird, will darauf hinweisen, dass die Exklusion einer Person nicht aufgrund einer körperlichen oder psychischen Beeinträchtigung entsteht. Sie entsteht erst in der Interaktion mit der Gesellschaft: Hier erst wird es zum Problem, dass es eine Norm gibt, auf die die Gesellschaft eingerichtet ist. Wären alle Menschen im Rollstuhl, gäbe es keine Treppen, die für sie ein Hindernis darstellen.

Radio Widerspruch



Immer am ersten Samstag im Monat geht die Sendung «Widerspruch» auf dem Winterthurer Radio Stadtfilter über den Äther (96.3.) bzw. übers Kabel (107.35), Internet (www.stadtfilter.ch) oder auf Soundcloud.

Zwischen 16.00 und 18.00 wird jeweils über ein aktuelles politisches Thema berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und Veranstaltungstipps runden die Sendung ab.

ÖKONOMIE

Managementkontrollsysteme und Entfremdung im Kapitalismus

Die zunehmende Digitalisierung und Optimierung von kapitalistischen Produktionsprozessen führen systematisch zu Entfremdung des Menschen vom Produkt, vom Arbeitsprozess, vom Menschsein und zuletzt auch von den Mitmenschen. Mit Blick auf die Transportarbeit bei Amazon und der Schweizerischen Post möchten wir einen praktischen Bezug herstellen.

(az) Viele Arbeiter_innen, die in den Bereichen der Versand- und Distributionslogistik arbeiten, fühlen sich immer mehr als Roboter anstatt als Mensch in ihren immer mehr digitalisierten Arbeitstätigkeiten. Dieses subjektive Empfinden wird verstärkt durch die Anwendung sogenannter Managementkontrollsysteme, welche die Produktionsprozesse in der Transportindustrie möglichst auf Produktivität und Effizienz trimmen sollen. Schon im Aufbau 120 haben wir über Funktion und Wichtigkeit der Transportarbeit für die kapitalistischen Produktionsprozesse geschrieben. Denn damit ein fertig produziertes Produkt in der Konsumationssphäre ankommt und als Gebrauchsgegenstand genutzt werden kann, durchläuft es zuerst in der Warenproduktion in Form von Rohstoffen und Halbfabrikaten und später als Ware durch Transportarbeit mehrere Ortsveränderungen. Das in dieser Transportindustrie angelegte produktive Kapital setzt den transportierten Waren Wert zu, teils durch Wertübertragung von den Transportmitteln, teils durch Wertzusatz vermittelt der Transportarbeit. Letzterer zerfällt in Ersatz von Arbeitslohn und Mehrwert.

Der kapitalistische Produktionsprozess unter Betrachtung des Mehrwerts

Gehen wir genauer auf den Mehrwert ein, dann sehen wir darin ein Zwangsgesetz der Konkurrenz. Im «Kapital» konzipierte Marx den Arbeitsprozess als die zielgerichtete Umgestaltung der Natur durch menschliche Tätigkeit, an der Arbeiter_innen, Produktionsmittel und der Gegenstand der Arbeit beteiligt sind. Im Kapitalismus wird dieser genuin menschliche und schöpferische Prozess jedoch der Verwertungslogik des Kapitals untergeordnet, dem Bedürfnis, fortwährend Mehrwert zu generieren. Während in vorkapitalistischen Gesellschaften die Ausbeutung der beherrschten Klassen in erster Linie dem Konsum der herrschenden Klasse diente und nur selten dazu, die Basis der Ausbeutung zu vergrössern, wurde dies unter kapitalistischen Verhältnissen der typische Fall. Der Gewinn eines kapitalistischen Unternehmens dient nicht in erster Linie dazu, den Kapitalist_innen ein angenehmes Leben zu ermöglichen. Der Gewinn soll vielmehr erneut investiert werden, damit in Zukunft noch mehr Gewinn gemacht wird. Nicht Bedarfsdeckung, sondern Kapitalverwertung ist der unmittelbare Zweck der Produktion. So besitzt der kapitalistische Produktionsprozess einen ähnlichen Doppelcharakter wie schon die wertbildende warenproduzierende Arbeit (einerseits konkrete, Gebrauchswert pro-

duzierende Arbeit, andererseits abstrakte, wertbildende Arbeit). Im Produktionsprozess ist der Doppelcharakter eine Einheit aus Arbeitsprozess (der einen bestimmten Gebrauchswert hervorbringt) und Verwertungsprozess (der Produktion von Mehrwert). Geht man von der Mehrwertrate als Mass der Verwertung aus, ergeben sich zwei grundsätzliche Möglichkeiten, die Kapitalverwertung zu steigern, die Marx als absoluten (Verlängerung der Mehrarbeitszeit) und relativen (Steigerung der Produktivkraft) Mehrwert bezeichnet.

Managementkontrollsysteme am Beispiel des Taylorismus

Zur Steigerung des Mehrwerts fungieren in kapitalistischen Produktionsverhältnissen Managementkontrollsysteme als instrumentelle Mechanismen in diesem Prozess. Am Beispiel von Amazon-Lagern kann analysiert werden, wie Managementprinzipien die Kommerzialisierung von Arbeit operationalisieren und Arbeiter_innen zu Produktionsfaktoren transformieren, die auf Kapitalakkumulation optimiert sind. Streiks und Proteste von Amazon-Lagerarbeiter_innen finden regelmässig statt. Oft sind diese auch Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem bei Amazon vorherrschenden tayloristischen Führungsstil.

Der Taylorismus, ein von Frederick Taylor entwickeltes Konzept der Betriebsführung (The principles of scientific management, 1911), bezeichnet die Prinzipien der Arbeitsteilung mit dem Ziel, die Arbeitseffizienz zu steigern. Dabei werden Arbeitsprozesse in kleinste, einfach wiederholbare Einheiten zerlegt, die Trennung von Kopf- und Handarbeit vollzogen (das Management plant und denkt die Arbeit vor, die Arbeiter_innen führen die Anweisungen nur noch aus) oder jede Bewegung wird mit der Stoppuhr gemessen und optimiert. Sein Ziel ist die maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität und Effizienz durch die strikte Zerlegung von Arbeitsprozessen in kleinste, genau vorgeschriebene Teilschritte. Der marxistische Publizist Harry Braverman schrieb in seiner Untersuchung der Entwertung der Arbeit im Taylorismus, dass dieser die „explizite Verbalisierung der kapitalistischen Produktionsweise“ darstellt und betonte drei Schlüsselprinzipien, die mit der von Marx erstellten Analyse der kapitalistischen Kontrolle übereinstimmen: die Entkopplung des Arbeitsprozesses von den Fähigkeiten der Arbeiter_innen, die Trennung von Konzeption und Ausführung sowie die Nutzung des Wissensmonopols durch das Management zur Kontrolle jedes einzelnen Arbeitsschritts und seiner Ausführung. Ökonomisch ermöglichen diese auf Effizienz getrimmten Arbeitsprozesse den Kapitalist_innen die optimierte systematische Abschöpfung von Mehrwert durch Lohndrückerei, prekäre Beschäftigung und Steigerung der Arbeitsintensität.

Digitalisierung in den Transportprozessen

In der aktuellen Debatte über Digitalisierung wird mitunter von einem digitalen Taylorismus gesprochen, bei dem digitale Kontrolltechnologien tayloristische Prinzipien der Arbeitsorganisation verstärken. Beispiele dafür finden sich in den Logistikzentren von Amazon. Amazon gilt als Paradebeispiel, da der Konzern bekanntlich Arbeitsschritte in seinen Lagerhallen lückenlos digital erfasst, vorgibt und kontrolliert. Aber auch in den nachgelagerten Transportprozessen, der Paketzustellung, ist die Digitalisierung der Zustellprozesse weit fortgeschritten. Bei der Schweizerischen Post laufen die Vorbereitungen zur flächendeckenden Einführung eines auf Machinelearning basierenden Tourenplanungssystems, das über die für die Zustellung verwendeten Smartphones und Fahrzeuge riesige Mengen an Daten sammelt und verarbeitet. Erfasst werden Haltepunkte, Weg- und Auslieferzeiten oder Gebäudeinformationen aus dem Kopf der Bot_innen. Damit können die Zustelltouren, die Laufrouuten und die Personal- und Fahrzeugressourcen täglich so effizient wie möglich geplant werden. Dies alles ohne die Notwendigkeit von speziellem Wissen. Dies vereinfacht insofern die Zustellprozesse, dass keine besonderen Kenntnisse in der Zustellung mehr notwendig sind und führt dazu, dass die Trennung von Kopf- und Handarbeit auch in diesem Prozess immer weiter voranschreitet. Die Zustellung kann mit einem Smartphone und Zustellfahrzeug künftig durch eine_n beliebige_n Bot_in ausgeführt werden. Zusätzlich dient diese Digitalisierung auch dem Einsparen von Personalressourcen und Kosten, da bisherige Funktionen der Tourenplanung obsolet werden.

Theorie der Entfremdung im Arbeitsprozess

Auch auf die Arbeiter_innen selbst haben die veränderten Produktionsprozesse grosse negative Veränderungen. Aber neben der zunehmenden Monotonie der Arbeit, also der einseitigen und ständigen Wiederholung der Arbeitsschritte, die zwangsläufig zu Langeweile und belasteter Gesundheit führt, hat der kapitalistische Produktionsprozess gesamtgesellschaftlich noch viel entscheidendere Auswirkungen: Er führt zur Entfremdung der Arbeiter_innen von Produkten, Prozessen, ihren menschlichen Fähigkeiten und sozialen Beziehungen.

Entfremdung ist einer der Begriffe, mit denen Marx sich in seinen frühen Schriften der kapitalistischen Arbeit annähert. Damit lässt sich aufzeigen, wie sich die Produktionsorganisation Arbeit von einer potenziell schöpferischen, selbstverwirklichenden Tätigkeit in etwas Aufgezwungenes und Entfremdetes verwandelt. Im Kapitalismus haben Arbeiter_innen keine Kontrolle über die Bedingungen, Ziele oder Ergebnisse ihrer Arbeit. Diese werden vom Kapital gelenkt und sind auf Profit statt auf menschliche Entwicklung ausgerichtet. Arbeit bietet keine Möglichkeit zur Selbstverwirklichung oder zur persönlichen Weiterentwicklung, sondern wird zum Mittel des Überlebens unter diktierten Bedingungen. Diese Entfremdung ist nicht nur ökonomischer Natur, sondern beeinflusst auch das Verhältnis der Einzelnen zu ihrer Tätigkeit, ihren Fähigkeiten und zueinander. Wie Marx weiter betont, tragen Arbeiter_innen, je länger sie unter diesen Bedingungen arbeiten, desto mehr zu einer Welt bei, die ihnen fremd und feindselig erscheint – einer Welt, die sich an den Bedürfnissen des Kapitals orientiert und nicht an ihren eigenen. Die Entfremdung reicht daher über die unmittelbare Arbeitserfahrung hinaus und prägt das Selbstverständnis der Arbeiter_innen, ihre Fähigkeiten und ihre Beziehungen.

Die Entfremdung zeigt sich unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen in unterschiedlichen Formen. Die Entfremdung vom Produkt drückt aus, dass das produzierte Werkstück den Kapitalist_innen gehört und sich der Kontrolle der Arbeiter_innen entzieht. Die Arbeit ist keine Bestätigung mehr, sondern eine Zwangsarbeit zur blossen Lebenserhaltung, also die Entfremdung vom Arbeitsprozess selbst. Dass der Mensch seine schöpferische, freie Natur verliert und zum reinen Produktionsfaktor degradiert wird, entfremdet ihn von seinem eigenen Menschsein. Und zuletzt entfremdet es den Menschen auch von seinen Mitmenschen selbst, da die gesellschaftliche Beziehung zur Konkurrenz und reinen Warenbeziehung verkommt. Managementkontrollsysteme verankern folglich die Klassenmacht unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen und verschärfen den Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit weiter.



Streik der Amazon-Arbeiter_innen in Coventry (UK) im März 2023

ÖKONOMIE

Wie statistische Modelle den Kapitalismus anfeuern und die Klimakrise befeuern

In Beringen, Dielsdorf oder Lupfig entstehen Betonklötze mit dröhnenden Lüftern und riesigem Hunger nach Strom. Die Gewinne fliessen ins Silicon Valley, die Lasten trägt die Allgemeinheit (Menschen und Natur).

(agkk) In Beringen entsteht ein Rechenzentrum des US-Unternehmens STACK Infrastructure. Kantonale Unterlagen gingen für den Endausbau von 350 Gigawattstunden Strom pro Jahr aus – eine Grössenordnung von rund drei Vierteln des heutigen kantonalen Verbrauchs von Schaffhausen. Hinzu kommen Kühlanlagen, Generatorhäuser, ein Unterwerk und prognostizierte 55'000 Kubikmeter Wasser pro Jahr, die für die Kühlung benutzt würden.

Wer durch das Industriegebiet von Dielsdorf im Zürcher Unterland fährt, blickt auf fensterlose Fassaden aus grauem Sichtbeton, eingezäunt von Maschendraht und überwacht von Kameras. Hier steht ein Datenzentrum und Business-Park des Anbieters Green. Von aussen wirkt die Anlage stumm, doch in ihrem Inneren dröhnen Tausende Serverlüfter.

Standorte wie Beringen, Dielsdorf, Lupfig oder Schlieren bilden das physische Rückgrat einer Entwicklung, die im alltäglichen Sprachgebrauch oft verharmlost wird. Der Begriff 'Cloud' klingt harmlos. In Wahrheit stecken dahinter schwerfällige Industrieanlagen, die gewaltige Landflächen fressen und die Stromnetze an ihre Grenzen bringen.

Der Grossteil der in der Schweiz installierten Kapazitäten dient bisher der klassischen Enterprise-IT, Cloud-Speichern, Bankdaten und Webdiensten. Doch der Boom der künstlichen Intelligenz verändert die Architektur grundlegend. Für das Training und die Ausführung von Sprachmodellen werden spezialisierte Grafikprozessoren zu dichten Clustern verschaltet. Das verlangt nach neuen Kühlkonzepten, etwa der Umstellung von Luft- auf direkte Flüssigkeitskühlung, und stellt die lokale Infrastruktur vor extreme Herausforderungen.

Wir zählen je nach Quelle zwischen 114 und 120 Datenzentren in der Schweiz. Der Ausbau dieser Anlagen schlägt sich massiv in der nationalen Energiebilanz nieder. Gemäss den Daten des Bundesamts für Energie verbrauchten Schweizer Rechenzentren im Jahr 2024 rund 2,1 Terawattstunden (TWh) Elektrizität. Das entspricht 3,6 Prozent des gesamten Landesstromverbrauchs von rund 58 TWh. Die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) erhielten in fünf Jahren mehr als hundert Anschlussanfragen. Sechs von neun zwischen 2014 und 2030 neu gebauten Unterwerken entstehen laut EKZ primär wegen Rechenzentren.

In der Praxis werden die Kosten für die Verstärkung des übergeordneten Übertragungsnetzes weitgehend auf die Netznutzungsentgelte umgelegt und damit schlussendlich auf die Stromrechnungen aller Bürger_innen abgewälzt. In Beringen beispielsweise ist die Kostenaufteilung für das neue Unterwerk nicht öffentlich; zugleich gilt ein gesetzlicher Anschlussanspruch. Der Ausbau der KI-Infrastruktur steht damit in direkter Konkurrenz zu anderen kapitalistischen Projekten wie der vermeintliche Green New Deal: Jede Megawattstunde Strom, die in Serverracks fliesst, fehlt für die Elektrifizierung von Heizungen und Verkehr.

Neben dem Strom rückt eine zweite materielle Ressource in den Fokus: das Wasser. Die Anlagen verbrauchen mit verdunstungsbasierter Kühlung direkt vor Ort erhebliche Mengen Trink- oder Grundwasser, um die enorme Hitzeentwicklung abzuführen. Da in vielen Schweizer Kantonen gesetzliche Transparenz- und Auskunftspflichten bezüglich des konkreten Wasserbezugs

von Grossverbrauchern fehlen, bleibt das exakte Ausmass im Dunkeln. Das Kapital nimmt die physischen Ressourcen in Anspruch, entzieht sich aber der öffentlichen Kontrolle.

Selbstreferentielle Investitionen

Der KI-Boom ist das Ergebnis spekulativer Investitionen: Führende Tech-Konzerne wie Microsoft, Nvidia, Alphabet oder Amazon stecken dreistellige Milliardenbeträge in den Aufbau globaler Rechenkapazitäten und KI-Startups. Dabei haben sich neuartige Finanzierungszirkel etabliert: Chiphersteller und Plattformgiganten investieren Wagniskapital in Entwickler wie OpenAI oder Anthropic verbunden mit der strikten vertraglichen Ver-

pazitäten rund um die Uhr ausgelastet werden. Dadurch entsteht zum Teil eine künstlich erzeugte Nachfrage weil die Tech-Konzerne dazu gezwungen sind, KI-Funktionen in fast jedes bestehende Softwareprodukt zu drücken. Mit dem Übergang zu komplexeren Reasoning-Modellen und autonom agierenden Systemen schnellte die Zahl der verarbeiteten «Tokens» drastisch nach oben.

Militärischer Nutzen und Geopolitik

Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI beschreibt militärische KI als einen Stapel mehrerer Schichten. Ganz unten liegen Chips, Stromnetze, Glasfasern, Clouds und Rechenzentren. Darüber folgen Modelle und erst an der Spitze stehen konkrete Anwendungen wie Zielerkennung, Logistik oder Gefechtsführung. Gerade die unteren Schichten sind meist nicht militärisch gebaut. Es ist Mehrzweckinfrastruktur, die von Spitälern ebenso genutzt werden kann wie von Armeen.

Alte Rüstungskonzerne, neue Firmen wie Palantir, Cloudanbieter sowie die Hersteller grosser Sprachmodelle sind inzwischen über Aufträge und Partnerschaften verbunden. Militärbudgets werden damit zu einem weiteren Markt, der die teure KI-Infrastruktur auslasten kann.

Palantir hat seinen europäischen Hub in Zürich. Der Konzern warb jahrelang um Schweizer Bundesbehörden und die Armee. Die Versuche blieben erfolglos; ein interner Armeebericht warnte vor möglichem Abfluss vertraulicher Daten an US-Geheimdienste.

Während Big Tech die physische Rechenleistung stellt, liefern spezialisierte Akteure wie Palantir die Analyse- und Ziel-such-Werkzeuge für staatliche Machtaparate. Rechenzentren verarbeiten längst nicht mehr nur Film- und Musikstreaming oder Onlineshopping, sie sind zu logistischen Knotenpunkten moderner Kriegführung und digitaler Überwachung geworden.

Von physischen Büchern und bedrohten Gemeingütern

Diese Verwertung der KI-Industrie braucht nicht nur Strom und Silizium als Ressourcen. Sie bedient sich auch ungefragt am Wissen anderer. Um ihre Sprachmodelle zu füttern, schreckt sie selbst vor der Zerstörung gedruckter Bücher nicht zurück und eignet sich das kollektive Wissen und die kulturelle Arbeit der Menschheit an. Wie radikal und physisch dieser Zugriff ist, offenbaren zwei aktuelle Fälle aus den USA. Amazon kaufte in grossem Stil gedruckte Bücher auf und schnitt diese in einer extra dafür eingerichteten Anlage auf und scannte die Bücher ein. Dies um exklusive Trainingsdaten für eigene Modelle zu gewinnen. Im Fall «Project Panama» ist sichtbar, wie Anthropic Millionen physischer Buchbestände erwarb und digitalisierte. In beiden Fällen wurden danach die Bücher vernichtet. Das gedruckte Kulturgut der Welt wird zum Rohstoff der KI-Industrie (s. S. 16).

Gleichzeitig werden Plattformen wie Wikipedia, die über Jahrzehnte von Hunderttausenden Freiwilligen aufgebaut wurden, von automatisierten Bot-Netzwerken und Web-Scrapern der Tech-Industrie überrollt. Die ständigen massenhaften Ab-

fragen verursachen bei der Wikimedia Foundation erhebliche Serverkosten, ohne dass die Konzerne etwas zur Pflege des Wissens beitragen. Wenn KI-Modelle die Informationen direkt auf der Suchseite zusammenfassen, sinken die Zugriffszahlen auf die eigentlichen Wikipedia-Quellen. Damit schwindet nicht nur die finanzielle Spendenbasis, sondern auch die Motivation der Community, ihr Wissen weiterhin kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Die kommerzielle Ausbeutung der digitalen Allmende droht das Fundament zu zerstören, auf dem die KI-Modelle erst errichtet wurden.



«KI Kurzschliessen» Camp in Benken vom 2. Juni 2026 (kfk)

pflichtung, diese Gelder umgehend für das Anmieten von Cloud-Rechenzeit bei genau denselben Konzernen auszugeben.

Diese spekulative Welle ist längst Teil einer globalen geopolitischen Aufrüstung. Es fliessen Hunderte Milliarden an Staatskapital z.B. aus den Golfstaaten in den Aufkauf von Nvidia-Chips und den Bau gigantischer Datenzentren, um sich Technologie-Allianzen mit dem Silicon Valley zu sichern.

Zugleich erzeugen die zirkulären KI-Deals einen enormen Druck zur materiellen Verwertung. Da die Anschaffung von GPU-Clustern und der Bau von Rechenzentren enorme Fixkosten verursachen und die Hardware innerhalb von drei bis vier Jahren veraltet, müssen die Ka-

ANTIKOLONIALER MARXISMUS

Kubas Sieg über die Apartheid

Kaum war die Revolution auf Kuba vollbracht, entschied die Insel voll auf Internationalismus zu setzen, um revolutionäre Bewegungen weltweit zu stärken. «Schafft viele Vietnams» war die Losung. Besonders wirkungsvoll war die Intervention Kubas in Angola, weshalb wir hier diesen Teil der Geschichte hervorheben.

(az) Es wirkt geradezu wahnsinnig, mit welcher mörderischen Entschlossenheit und Brutalität die USA die kleine Insel Kuba aushungern und erdrosseln. Wie könnte der antiimperialistische Zwerg dem überstarken Nachbarn gefährlich werden? Obwohl das stimmt, Kuba kann die USA nicht angreifen, ist es auch ein wenig falsch. Im Kalten Krieg hat der Zwerg in Afrika gegen den Imperialismus triumphiert und das werden die USA Kuba nie verzeihen!

Nelson Mandela tat als Präsident Südafrikas, was der Westen von ihm erwartete. Trotzdem distanzierte er sich nicht von Kuba. Denn dass er frei war, dass die Apartheid gefallen war, dass Namibia vom Besatzer Südafrika befreit war, ist zu einem grossen Teil dem internationalistischen Einsatz Kubas in Angola zu verdanken. «Wir in Afrika sind es gewohnt, Opfer von Ländern zu sein, die unser Territorium zerstückeln oder unsere Souveränität untergraben wollen. In der Geschichte Afrikas gibt es keinen anderen Fall eines Volkes, das sich zur Verteidigung von uns erhoben hat.» Nur Kuba tat das, und das ist kein Detail der Geschichte.

Der vorbildliche Internationalismus Kubas

Nur Kuba hatte diese dreiste Frechheit. Und es handelte prinzipientreu, selbst wenn es sich selbst damit schädigte. In den 70er Jahren zeichnete sich eine mögliche Entspannung mit den USA ab. Hätte Kuba die Rufe nach Unterstützung seitens Angola und Äthiopien in den Wind geschlagen, wäre das wirtschaftlich von grossem Vorteil gewesen. Castro zeigte aber zwei Gesandten von US-Präsident Jimmy Carter 1978 unverblümt die kalte Schulter:

«Wir halten es für zutiefst unmoralisch, die Blockade [das US-Embargo] als Mittel einzusetzen, um Druck auf Kuba auszuüben. Es darf kein Zweifel bestehen – wir lassen uns weder unter Druck setzen noch beeindrucken, bestechen oder kaufen ... Vielleicht glauben die USA, gerade weil sie eine Grossmacht sind, sie können tun, was sie wollen und was für sie gut ist. Vielleicht ist es idealistisch von mir, aber ich habe die universellen Vorrechte der USA nie akzeptiert – ich habe die Existenz eines anderen Gesetzes und anderer Regeln nie akzeptiert und werde sie auch nie akzeptieren. Ich hoffe, die Geschichte wird Zeugnis ablegen von der Schande der Vereinigten Staaten, die seit zwanzig Jahren den Verkauf von lebensrettenden Medikamenten verhindern. Die Geschichte wird Zeugnis ablegen von eurer Schande.»

Kuba verärgerte mit seiner Aussenpolitik nicht nur die USA, auch die zweite Grossmacht des Kalten Krieges, die Sowjetunion, wurde davon meist überrumpelt und unter Zugzwang gesetzt. Kuba schickte, was es hatte: Soldaten, Gesundheitspersonal und zivile Berater_innen zur Stärkung von Genoss_innen vieler Länder, die UdSSR wurde

genötigt, hastig die Waffen für den Kraftakt zu liefern. In Angola waren 1988 auf dem Höhepunkt des Kampfes gegen Südafrika 55'000 kubanische Soldaten stationiert, im Verlauf der 16 Jahre in Angola total an die 400'000 Personen. Alle reisten freiwillig hin und sind bis heute stolz auf ihren Einsatz, wie Interviews zu entnehmen ist.

Unabhängigkeit Angolas

Während der 60er Jahre hatten sich drei Befreiungsbewegungen gebildet, die marxistische MPLA unter Agostinho Neto, die Kontakte zu Kuba pflegte, die korrupte FNLA unter Holden Roberto, der mit Mobutu im damaligen Zaïre (heute Demokratische Republik Kongo) verbandelt war – dadurch auch mit den USA – und die Unita unter Jonas Savimbi, die jedes Bündnis einzugehen willig war, um an die Macht zu gelangen. Als 1974 in Portugal die Nelkenrevolution stattfand, waren Guinea-Bissau, Mozambique und Angola noch Kolonien. Zur Nelkenrevolution hat der Aufbau eine Broschüre geschrieben, die ist hier nicht das Thema, ausser, dass das revolutionäre Portugal schlagartig nicht mehr Kolonialmacht sein wollte. Es vereinbarte deshalb, dass die drei Befreiungsorganisationen Angola ein Jahr lang gemeinsam mit Portugal regieren würden, worauf im November 1975 die Unabhängigkeit ausgerufen werden sollte.

Die USA und Südafrika waren sich darin einig, dass die MPLA zu beseitigen sei, weshalb sie sowohl FNLA als auch die Unita finanzierten. Die USA aus purem Antikommunismus, sehr wichtig war aber auch die Verbundenheit der USA mit Mobutu, dem Diktator von Zaïre, der im Norden Angolas Machtansprüche hatte.

Südafrika hingegen hatte Angst, seine weisse Vorherrschaft könnte bedroht sein – berechnete Angst, selbstverständlich kämpfte die MPLA gegen die Apartheid, die zu diesem Zeitpunkt nicht nur in Südafrika herrschte, sondern auch in Rhodesien, dem heutigen Zimbabwe und im von Südafrika besetzten Namibia, dem Nachbarland Angolas.

Im Frühling 1975 brach also ein Bürgerkrieg aus, den die MPLA zunächst zu gewinnen schien, weshalb die USA Südafrika drängten, zu intervenieren. Es überrollte Angola in einem Blitzkrieg und stiess schnell gegen Luanda vor. Doch anfangs November entschied auch Kuba, dem Hilferuf der MPLA zu entsprechen und sandte Truppen. Der Schriftsteller Gabriel García Márquez beschreibt die Überraschung der südafrikanischen Truppen folgendermassen: «Die Südafrikaner spielten festliche Musik auf Kassettenrekordern, die an ihren Panzern angebracht waren. (...) Der Anführer einer Söldnerkolonne leitete die Operationen von einem Honda-Sportwagen aus, in



Preisgekrönter Kurzfilm von Negash Abdurahman.

dem er neben einer blonden Filmschauspielerin sass. Die Kolonne rückte in urlaubsähnlicher Stimmung vor, versäumte es, Vorpattouillen auszusenden, und konnte nicht einmal erkennen, woher die Rakete kam, die das Auto in Stücke riss. In der Handtasche der Frau fand man lediglich ein Abendkleid, einen Bikini und eine Einladungskarte zu den Siegesfeierlichkeiten in Luanda, die Holden Roberto bereits vorbereitet hatte.»

Der erfolgreiche Abwehrkampf Kubas im Süden Luandas ermöglichte der MPLA, sich im Norden gegen die Angriffe der FNLA und Truppen Mobutus zu verteidigen. Die MPLA wurde am vereinbarten Tag die Regierungspartei der unabhängigen Republik Angola.

Doch waren die Probleme damit keineswegs beendet, Südafrika stellte sich neu auf und die USA fanden neue Wege, die antikommunistischen Kräfte, insbesondere die Unita, zu finanzieren. Der Bürgerkrieg würde bis ins Jahr 2000 andauern, als der blutrünstigste Schlächter der Unita, Jonas Savimbi, endlich getötet wurde. Die MPLA hatte sich in der Zwischenzeit gewandelt und kann nicht mehr als revolutionäre Partei bezeichnet werden, doch immerhin bot sie der namibischen Befreiungsbewegung Swapo in Angola durchgängig ein Rückzugsgebiet. Und hier kämpfte sie gemeinsam mit Kuba, das volle 16 Jahre lang vor Ort blieb, um die Apartheid abzuwehren und das Ziel erreichte. Piero Gleijeses schliesst einen Artikel darüber mit den Worten:

«Kubas Sieg zwang Kissinger, sich gegen das Regime der weissen Minderheit in Rhodesien zu wenden, und spornte Carter dazu an, sich dort unermüdlich für die Herrschaft der schwarzen Mehrheit einzusetzen. Er markierte zudem den eigentlichen Beginn des namibischen Unabhängigkeitskrieges. In den folgenden zwölf Jahren unterstützte Kuba die namibischen Rebellen, und kubanische Truppen halfen der angolanischen Armee, die Front gegen die heftigen südafrikanischen Einfälle in Angola zu halten. Schließlich trugen 1988 das diplomatische Geschick Kubas in Verbindung mit seiner Kampfkraft auf dem Schlachtfeld entscheidend dazu bei, Pretoria zum Rückzug aus Angola und zur Zustimmung zur Unabhängigkeit Namibias zu zwingen.

Dies war Kubas Beitrag zu dem, was Castro als „die schönste Sache“ bezeichnet hat: den Kampf gegen die Apartheid. Es gibt in der modernen Geschichte kein anderes Beispiel, in dem ein kleines, unterentwickeltes Land den Lauf der Ereignisse in einer weit entfernten Region verändert hat – indem es eine Supermacht demütigte und der anderen wiederholt die Stirn bot. Es gibt kein anderes Beispiel, in dem ein unterentwickeltes Land ein Programm technischer Hilfe von solchem Umfang und solcher Großzügigkeit aufgelegt hat.

Für Castro war der Kampf gegen den Imperialismus – der Sinn seines Lebens – mehr als nur der Kampf gegen die Vereinigten Staaten: Es ist der Kampf gegen Verzweiflung und Unterdrückung in der Dritten Welt.»

Mehr dazu:

Auf Youtube ist ein längerer Dokumentarfilm von 2007 «Cuba, an African Odyssey» (französisch oder englisch) zu finden. Der Podcast «The Dig» hat auf Englisch ein sehr langes Interview mit dem Historiker Piero Gleijeses zugänglich. Dieser hat das Buch «Visions of Freedom» zum Thema verfasst.



Fidel Castro auf Besuch in Angola im März 1977. Rechts Agostinho Neto.

KUBA

«Meine Hoffnung liegt bei den Menschen»

Inmitten des Embargos, das ein mörderischer Wirtschaftskrieg ist, versucht Kuba zu modernisieren, während die Bevölkerung ums Überleben kämpft. Ein Interview mit Geydis Fundora, kubanische Soziologie-Professorin, die zu sozialer Ungleichheit und Sozialpolitik forscht.

(az/gpw) Geydis Fundora hat wie alle kubanischen Menschen in der gegenwärtigen Situation viele dringliche Probleme, dennoch hat sie sich die Zeit genommen, uns ein Interview zu geben. Wir sind uns darin einig: Internationale Solidarität und Erkenntnisgewinn sind Pfeiler, die Kuba und der gesamten Linken das Überleben sichern können.

Wie würdest du die politische und soziale Situation in Kuba beschreiben?

Kuba steckt seit 2016 in einer multiplen Krise: Energie, Mobilität und Nahrungsmittelproduktion sind stark beeinträchtigt, die Pandemie hat sie zusätzlich verschärft. Das US-Embargo und die Energieblockade haben die Situation zur humanitären Krise eskalieren lassen. Wir erleben Lebensmittelknappheit, Inflation, zusammenbrechende Grundversorgung (Wasser, Strom, Gas), es gibt kaum öffentlichen Verkehr und starke Beeinträchtigungen im Bildungs- und Gesundheitswesen. Gleichzeitig entstand ein privater Markt, der Waren ins Land bringt, aber die partielle Dollarisierung vertieft die soziale Spaltung. Der Staat verteilt knappe Ressourcen, Solidarität hilft. Doch die Krise zermürbt die Menschen, viele können wegen Hitze und Stromausfällen nicht schlafen, wissen nicht, wann sie wieder kochen oder Lebensmittel kühlen können. Dennoch funktionieren einige soziale Dienstleistungen weiter und Solidaritätsnetzwerke oder lokale Tauschsysteme schaffen Räume des Widerstands.

Wo siehst du politische und gesellschaftliche Hoffnung?

Für mich sind politischen Kontakte und die internationale Solidarität eine wichtige Form des gegenhegemonialen Widerstands und der Austausch ist ein Hoffnungsträger. Jeder Kontakt mit internationalen Bewegungen ist wie eine liebevolle Berührung. Wenn Menschen spüren, dass andere ihre Ideen teilen, gibt das Kraft. Internationalismus und Solidarität sind für mich die Grundlage, um Hoffnung in schweren Krisen zu bewahren.

Meine Hoffnung liegt bei den Menschen. Ich glaube weiterhin, dass die kubanische Revolution ein Prozess gesellschaftlicher Akkumulation ist. Es gibt noch immer viele Menschen mit einer besonderen politischen und gesellschaftlichen Prägung, mit einer Form des sozialen Zusammenlebens, das sich stark von individualistischen Gesellschaftsmodellen unterscheidet. Ich frage mich oft, woher Ärzt_innen und andere Beschäftigte die Kraft nehmen, weiterhin zur Arbeit zu gehen und Therapien anzubieten, obwohl ihre Löhne nicht einmal 50% des grundlegenden Warenkorb abdecken. Bestimmt spielt dabei Bolívars Gedanke vom grösstmöglichen gesellschaftlichen Glück eine Rolle: Es ist schön, individuell glücklich zu sein. Aber ich bin noch glücklicher, wenn auch die Menschen um mich herum glücklich sind.

Jahrzehntelange Krisenbewältigung hat zudem zu hoher Fähigkeit geführt, innovative Lösungen und Formen technologischen Ungehorsams zu schaffen. Es gibt starke Kerne gegenhegemonialen Denkens, vernetzt mit internationalen Bewegungen.

Auf lokaler Ebene organisieren sich Gemeinden selbst: solidarische Volkswirtschaft, natürliche Medizin bei Medikamentenmangel, Lebensmittelproduktion trotz Wassermangel, lauter Lösungen, die wissenschaftlich erfasst werden müssen und breit wirksam sein können. Diese Resilienzpraktiken geben Hoffnung und sie sind entscheidend für die Frage, ob Kuba aus der gegenwärtigen schweren Krise herausfinden kann.

Allerdings darf man nicht unterschätzen, dass die Krise die menschliche Subjektivität belastet. Überlebensdruck und alltäglicher Mangel beeinträchtigen den Geist und die Lebensfreude – Eigenschaften, die historisch zu den wichtigsten Kräften und Widerstandsformen des kubanischen Volkes gehören. Ja, es gibt Annexionsbefürworter_innen. Doch viele bewahren ihr kritisches Denken: Die Lösung muss aus Kuba selbst kommen – unterstützt durch echte Solidarität, nicht durch Einmischung.

Worin bestehen die vorgesehenen Reformen?

Die Reformen sollen Kubas Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell modernisieren: Diversifizierung der Märkte, Liberalisierung wirtschaftlicher Tätigkeiten, stärkere Rolle privater Akteure, Förderung von Unternehmensgründungen, Öffnung für ausländische Investitionen, teil-

weise Freigabe von Preisen, Digitalisierung, Ausbau des Bankensystems und Dezentralisierung.

Neben langfristiger Modernisierung sind die Reformen auch direkte Krisenreaktionen.

Was sollen die Reformen wirtschaftlich erreichen – und sind sie unter der Energieblockade umsetzbar?

Viele Massnahmen sind für ein Kuba ohne Energieblockade konzipiert, doch sie müssen unter den aktuellen Bedingungen umgesetzt werden. Die Reformen zielen auf Angebotsausweitung, höhere Produktivität, Investitionen, Modernisierung und weniger Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Automatisierung soll Effizienz steigern und Arbeitskräfte ersetzen. Es muss berücksichtigt werden, dass auf Kuba durch Alterung und Migration immer weniger Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Die Massnahmen schaffen Entlastungsräume, z.B. sind private Treibstoffimporte nun zulässig, doch die Dollarpreise und Spekulation verteuern die gesamte Wertschöpfungskette, insofern belasten sie auch.

Hier liegt der grösste Widerspruch: Die Reformen sind nötig, sie oszillieren aber zwischen Krise und Zukunft: Technologien sollen die Produktion fördern, doch Digitalisierung und das Bankensystem benötigen stabile Energie und Telekommunikation, genau das, was gerade fehlt. Oder dank internationaler Solidarität (EU, China, Lateinamerika) und privater Strategien gab es Fortschritte bei der Energiewende. Der Staat hat Einfuhrregeln gelockert, um Komponenten für erneuerbare Energien ins Land zu bringen. Jetzt gibt es vermehrt elektrische Verkehrsmittel, die sind aber privat und teuer. Der wirtschaftliche Aufschwung bleibt also aus – die Treibstoffknappheit verhindert die volle Entfaltung.

Droht mehr Ungleichheit?

Ja, die Reformen werden die Ungleichheit vergrößern. Schon in den 1990ern führte die Öffnung für private Eigentumsformen und ausländische Investitionen zu mehr Ungleichheit. Auch heute wird die Diversifizierung der Märkte und neue Eigentumsformen zu mehr Konzentration führen – wenn auch begrenzt im Vergleich zu anderen Staaten. Die partielle Dollarisierung verschärft dies: Nicht alle haben Zugang zu Devisen. Der Staat hält zwar den Handel in nationaler Währung aufrecht und subventioniert Grundgüter für Schutzbedürftige, doch neue private Märkte segmentieren den Konsum.

Jene, die investieren können, Überweisungen aus dem Ausland erhalten oder internationale Partner finden, werden begünstigt. Menschen ohne vergleichbare Ressourcen werden auf andere Weise an der Wirtschaft teilnehmen, vor allem indem sie ihre Arbeitskraft verkaufen. Auch wenn über ein neues Arbeitsgesetz diskutiert wird, lässt sich aus marxistischer Sicht klar vorhersehen, dass der Produktions- und Verteilungsprozess die Ungleichheit zwangsläufig erzeugt.

Welche Alternativen schlägst du vor?

Die Einbeziehung der Bevölkerung war bisher die Schwachstelle, denn die Reformen wurden ohne breite Debatte beschlossen. Ich fordere keinen Verzicht auf Reformen, sondern ein anderer Ansatz: stärker von unten nach oben, basierend auf Bevölkerung und Gemeinden. Die Bevölkerung muss jetzt an Gestaltung, Umsetzung und Kontrolle beteiligt werden, sie muss Dezentralisierung, Privatisierung und Kommerzialisierung überwachen, um zu verhindern, dass die wirtschaftlichen Öffnungen die gesellschaftlichen Ziele verdrängen. Privates Kapital muss mit sozialer Gerechtigkeit vereinbar sein. Das ist schwierig, doch gehört dieser Widerspruch zu den Kosten, die angesichts der wirtschaftlichen Erstickung derzeit in Kauf genommen werden.

Die Bevölkerung hat ein enormes, unterschätztes Innovationspotenzial. In ländlichen Gemeinden gibt es umfangreiches Wissen: traditionell, revolutionär, generationenübergreifend. Die Menschen kennen ihre Gebiete, haben konkrete Praktiken mit realen Ergebnissen. Lokale Erfahrungen, sei das Lebensmittelproduktion, Genossenschaften, solidarische Volkswirtschaft, Tauschsysteme, Gemeinschaftsversorgung, Permakultur, ökologische Landwirtschaft, alternative Energie- und Wassersysteme oder natürliche Medizin sollten als Grundlage einer anderen Wirtschafts- und Sozialpolitik wissenschaftlich erfasst, politisch anerkannt, finanziert und ausgeweitet werden. Die organisierte Gesellschaft hat die Fähigkeit, selbst Lösungen zu entwickeln.

Darin liegt für mich die wichtigste Alternative – und eine der grössten Hoffnungen für Kuba. Diese lokalen Erfahrungen sind ein Reservoir des Widerstands. Die Bevölkerung kann Dienstleistungen schaffen, Güter herstellen, sich selbst organisieren. Der Reformprozess braucht die Rückmeldung der Basis, direkt aus den Gemeinden.



Die von den USA durchgesetzte Blockade isoliert Kuba, doch zeigt sie auch die Isolation der Supermacht. Seien es Blockade, Iran-Angriff, Mittäterschaft im Genozid oder Kampf gegen die Umwelt.

INTERVIEW

«Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?»

Am Morgen des 11. Mai 2026 fand eine Bankenteignung in einer Bankfiliale in der griechischen Kleinstadt Kato Tithorea 150 km nordwestlich von Athen statt. Fünfeinhalb Stunden später wurden acht Genoss_innen nach einer Polizeioperation in den umliegenden Gebieten sowie in Athen festgenommen. Nach einer ersten Befragung wurden sechs der acht Genoss_innen in die Untersuchungshaft überführt. Ihnen werden noch mind. 10 weitere Banküberfälle vorgeworfen. Vor dem Verhandlungsbeginn haben die Genoss_innen kollektiv einen Text veröffentlicht, in dem sie die Bankenteignung als politische Aktion erklärt haben.

(agaf) Wir konnten mit einem marxistischen Genossen aus der Solidaritätsgruppe um die Verhafteten des 11. Mai sprechen.

In eurer Solidaritätserklärung spricht ihr von «Bankenteignung», was ist damit gemeint?

Da kommt mir ein Zitat von Bertolt Brecht aus der Dreigroschenoper in den Sinn: «Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie? Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?» Eine Bankenteignung ist eine der ethischsten Aktionen gegen den kapitalistischen Staat. Du greifst direkt die an, welche das Elend zu den Menschen bringen, die, die das Geld kontrollieren, das ultimative kapitalistische Werkzeug des Systems.

Ich würde nicht sagen, jeder Bankraub ist eine politische Aktion, bzw. würde ich nicht jeden Bankraub als Bankenteignung bezeichnen. Es gibt auch diejenigen Bankräuber_innen, die auf Bankarbeiter_innen schiessen, denen sind die Leute egal. Als Marxist-Leninist kann ich die Erschiessung von Arbeiter_innen nicht unterstützen. Eine Handlung ist akzeptabel, wenn die Werkzeuge ebenfalls akzeptabel sind.

Wie sieht die Geschichte der Bankenteignungen in Griechenland aus?

Während der deutschen Besatzung Griechenlands im Zweiten Weltkrieg übernahmen die Nationalsozialisten

das griechische Banksystem. Die Partisanen begannen deshalb die Banken direkt anzugreifen, um die Besatzer zu bekämpfen. Dabei verbrannten sie auch die Bankunterlagen, auf denen die Schulden der Leute festgehalten waren. Ich würde sagen, hier beginnt die Geschichte der Bankenteignungen als politische Aktion.

Der Superstar der griechischen Bankraub-Szene ist Vasilis Paleokostas, der «griechische Robin Hood». Er verschenkte mehrere Dutzend Millionen seiner Beute an arme Menschen, wodurch er zum Volkshelden in Griechenland wurde. Dadurch genoss er viel Solidarität und Unterstützung v.a. unter der Arbeiter_innenklasse. Zweimal gelang ihm mit Hilfe von Helikoptern die Flucht aus einem Hochsicherheitsgefängnis, zuletzt 2009, seit dem ist er auf freiem Fuss.

Ein anders Beispiel ist die Revolutionäre Anarchistische Organisation: «Verschwörung der Feuerzellen» (SPF). Nikos Romanos, ein Name der mit der SPF in Verbindung gebracht wird, versuchte 2013 mit drei Genoss_innen in einer Kleinstadt einen Banküberfall zu begehen, wobei sie von der Polizei verhaftet wurden. Man konnte nie beweisen, dass er ein Mitglied der Organisation war, aber er wurde für den versuchten Raub zu 11 Jahren Haft verurteilt.

Was macht eine Bankenteignung zu einer politischen Aktion?

Für mich ist es eine politische Aktion, wenn sie das Ergebnis politischen Denkens ist. Wenn man seine Handlung auf seine politische Ideologie stützt, macht das sie zu einer politischen Aktion, egal ob ich damit einverstanden bin oder nicht.

Die Frage ob es eine politische Aktion ist, ist aber auch ein Propagandakampf gegen den Staat. Der Staat versucht die Aktion zu entpolitisieren, will dich als Kriminelle_n darstellen. Man muss diese Propaganda bekämpfen. Deswegen haben auch die Genoss_innen des aktuellen Falls ihre Tat als politische Aktion deklariert, obwohl dies ihr Strafmass erhöht hat. Man muss dem Staat die Deutungs-hoheit nehmen.

Wie siehst du die Bankenteignungen aus einer marxistischen Sicht?

Es handelt sich um politische Aktionen, aber meistens kommen diese Bankenteignungen eher aus einem individualistisch-anarchistischen Milieu. Sie riskieren ihre Freiheit, indem sie auf diese Weise gegen das System vorgehen, was ich respektiere. Vielfach geht es darum, Geld zu beschaffen, um sich von der Lohnarbeit zu befreien. Aus marxistischer Sicht denke ich, dass es oft an politischer Führung fehlt. Die Aktion ist um ihrer selbst willen gut, sie richtet sich gegen das System, aber es fehlt ihr an Zweck und Perspektive. Das hilft der Revolution nicht weiter. Es geht nicht nur darum, das System zu treffen, sondern zu analysieren, wie und warum man das System treffen muss. Solche Aktionen sind leider meist nur Feuerwerk: Sie stehen nicht in Verbindung mit einem grösseren Kampf, sie sind schön, man könnte ein Gedicht darüber schreiben, aber ihnen fehlt die Perspektive. Dies ist aber auch das Ergebnis eines Versagens der Führung auf kommunistischer Seite, welche es nicht geschafft hat, die revolutionäre Energie der Leute zu kanalisieren. Heute, wenn ich von Heute spreche, meine ich die Zeit nach der Militärdiktatur, als die kommunistische Partei wieder legalisiert wurde, fehlt eine grosse revolutionäre Organisation in Griechenland.

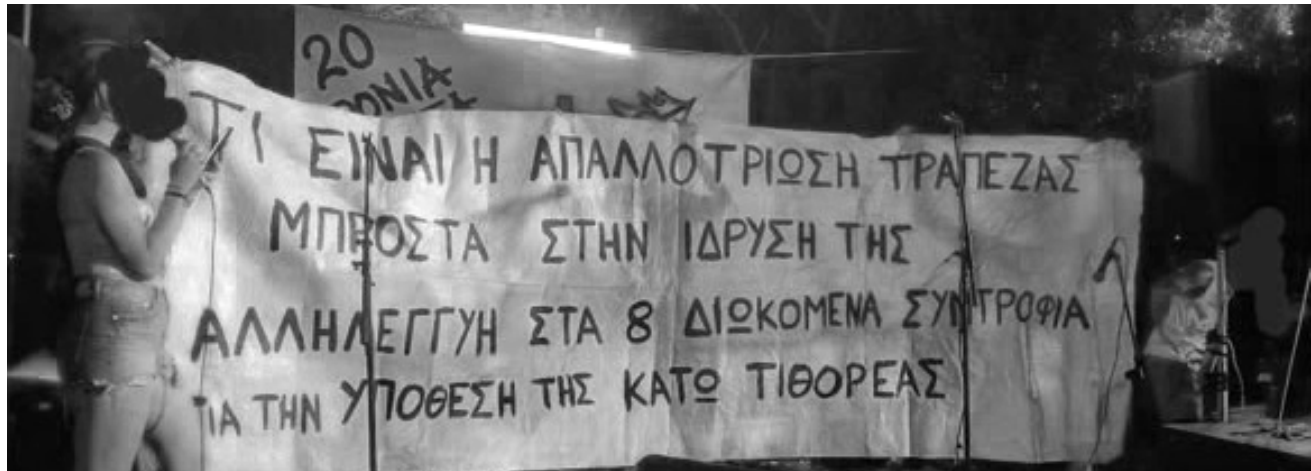
Wie sieht die Organisation im Gefängnis aus?

Die politische Bewegung im Gefängnis ist nicht besonders stark organisiert, zumindest in den letzten Jahren nicht. Es gibt zwar Lichtblicke wie den grossen Gefängnisaufstand in Kerkira in den 90er-Jahren. Aber das war nur ein Moment, ein Vulkan brach aus, doch die Lava ist ausgetrocknet, das Feuer ist nicht mehr da. Es gibt einige Momente wie diesen. Aber ich kann nicht sagen, dass es sich um eine stabile Organisation handelt. Es fehlt an Vernetzung und ohne Vernetzung gibt es keine Bewegung.

Ausserhalb des Gefängnisses gibt es mehrere Gruppen, die sich für politische Gefangene einsetzen und ihre Energie in diesen Kampf stecken. Sie leisten gute Arbeit und werden von Kommunist_innen und Anarchist_innen breit unterstützt. Sie leisten Solidaritätsarbeit für die Gefangenen, organisieren Konzerte und Partys und sammeln Geld. Die Solidarität von aussen ist also ziemlich gut. Das liegt auch daran, dass ein Grossteil der griechischen Kulturszene von der Linken geprägt ist. Vor allem in der Musik spielen linke Ideologien eine grosse Rolle.

Was wäre für dich eine politisch ideale Bankenteignung? Was stellst du dir vor?

Es geht für mich darum, dass eine Aktion in eine grössere Perspektive eingebettet ist. Sie sollte Teil einer Organisation sein, welche vielfältige Aktionen durchführt, und in der Arbeiter_innenklasse verankert ist. Eine Partei mit einem illegalen Arm, der das kapitalistische System angreifen kann. Das erbeutete Geld sollte für das Leben der Genoss_innen im Untergrund verwendet werden und an Menschen gehen, die kein Geld haben. Eine Bankenteignung als Teil eines solchen Kreislaufs, wäre für mich ideal.



«Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank? – Solidarität mit den 8 verfolgten Genoss_innen im Prozess von Kato Tithorea»

UNVERÖFFENTLICHTE NACHRICHTEN

NO G7! Demo zum US-Konsulat in Zürich

Am Dienstag Abend (16. Juni 26) liefen wir als Demo zum US-Konsulat in Zürich. Vor Ort hinterliessen wir eingeschlagene Scheiben sowie Sprays.

Der US-Imperialismus zeigt zurzeit wieder einmal seine blutige Schnauze: Von der Entführung des venezuelanischen Präsidenten, über den Krieg gegen den Iran, hin zu seinem aggressivem Gebahren gegenüber Kuba. Die Gründe dafür sind vielfältig. Nicht selten wirkt es so, als wäre Trumps psychischer Zustand hoch fragwürdig und dass das iranische Regime gewissen Fraktionen der US-Administration ein Dorn im Auge sind, steht ausser Frage. Doch ebenso spielen nackte Profitinteressen eine wichtige, wenn nicht sogar die wichtigste Rolle. Denn einmal mehr gehts um Rohstoffe, dieses Mal das Öl.

Die USA gehören zu den grössten Öl-Exporteuren der Welt. Dieses stammt zu grossen Teilen aus Fracking-Öl und jenes ist erst rentabel, wenn der Ölpreis bei unge-

fähr 60 Dollar pro Barrel liegt.

Somit muss man dafür sorgen, dass der Preis nicht zu stark fällt. Stellt sich halt die Frage, wie?

Die Nachfrage könnte gesteigert werden – nur blöd das die Weltwirtschaft nicht boomt. Somit müssen konkurrierende Anbieter vom Markt genommen werden. Wenn sich niemand freiwillig aus dem Markt zurückzieht, dann gibt es andere Mittel: Pipelines sprengen (Nord Stream), Öl- und Gasfelder bombardieren oder Raffinerien zerstören.

Der Angriff auf den Iran löste militärische Reaktionen gegen mit den USA verbündeten Staaten hervor und reduzierte das Angebot zusätzlich und erhöhte dadurch die Profite, etwa von Exxon Mobil und Chevron. Blut für Öl, die alte Gleichung des Imperialismus

Das Treffen der Mächtigen (G7)

Die Widersprüche zwischen den Imperialisten sind momentan sehr gross und tief. Miese Voraussetzungen also für ein Gipfeltreffen in diesem Ausmass, wie der G7

es darstellt. Während es früher bei diesen Gipfeltreffen darum ging, den Kuchen aufzuteilen, geht es nun – bei einem kleiner werdenden Kuchen – einzig darum, wer das grösste Stück bekommt. Zu erwarten ist im besten Falle nichts. Realistisch sind Einigkeit der Regierungschefs in der Lancierung von Angriffen auf die Löhne, Angriffe auf die Lebensbedingungen. Die Natur dabei natürlich nicht aussen vor gelassen.

Proteste gegen den G7 sollen durch die Bullen und Militär klein gehalten werden. Die Schweizer Regierung, selbst nicht Teil der G7, steht seinen Verbündeten selbstredend zu Seite. Wenn auch ziemlich überfordert, wie die riesige Demonstration und die anschliessenden Strassenkämpfe vergangenen Sonntag in Genf bewiesen!

Umso lauter rufen wir:
Nieder mit dem Imperialismus!
Hoch die internationale Solidarität! NO G7!

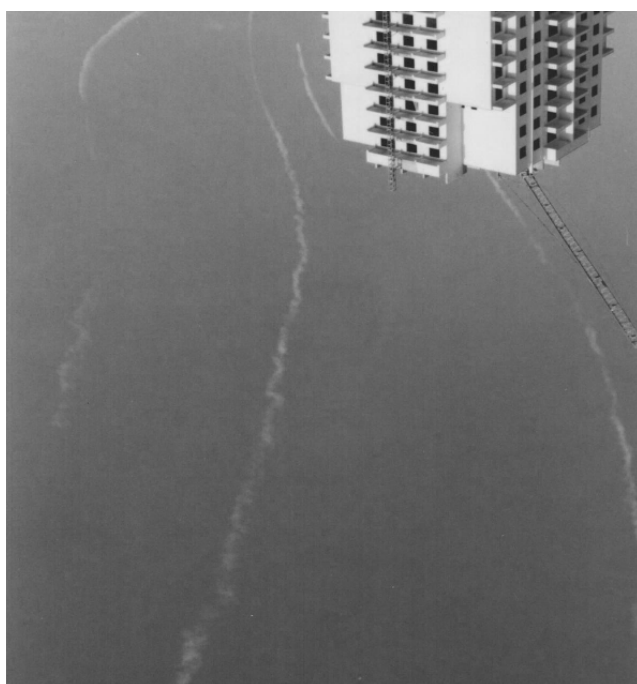
Gesehen auf: <https://barrikade.info/article/7556>

IRAN

Frauen Leben Freiheit – zu Besuch in einem Camp der Komala

Ende März 2026 hatten Genossinnen des revolutionären Aufbaus die Möglichkeit, die Komala-Kurdistan-Organisation der Kommunistischen Partei Irans in einem ihrer Camps in Kurdistan, Irak, zu treffen. Der Krieg der USA und Israels gegen den Iran war zu diesem Zeitpunkt schon in vollem Gange. Neben einem längeren Interview mit dem ersten Sekretär Ibrahim Alizadeh, welches in der Jungen Welt und im Gegenwind erschienen ist, sprachen wir auch mit dem Frauenkomitee.

(agfk/gpw) Wir trafen uns in der Zentrale der Komala inmitten einer Stadt in Kurdistan, Irak. Von dort aus fuhren wir aus der Stadt zu ihrem Frauencamp. Uns begleitete Genosse Asad Rostami, der unter anderem Mitglied des Zentralkomitees der Komala (Kurdistan) und der kommunistischen Partei Irans ist, sowie eine junge Genossin – Beide leben in Europa und sind, wie viele andere, für die Zeit des Krieges in den Irak gekommen, um, wenn nötig, bewaffnet mitzukämpfen.



Kampfjets fliegen Richtung Iran, über dem Himmel Kurdistans, März 2026

Im Dorf, welches das Camp beherbergt, passierten wir ein von einer Drohne getroffenes Gebäude. Ein Fehlschlag ist auszuschliessen. Vielmehr ist anzunehmen, dass mit Angriffen wie diesem versucht wird, die Dorfbevölkerung einzuschüchtern, damit sie die Dörfer verlassen und sich entsolidarisieren. Bei diesen beiden Anschlägen wurde niemand verletzt. Kurz nach unserer Abreise jedoch sind drei junge Kämpferinnen aus anderen Oppositionsparteien in Kurdistan gefallen.

Die Entwicklung von demokratischen Institutionen zum Frauenkomitee der Komala

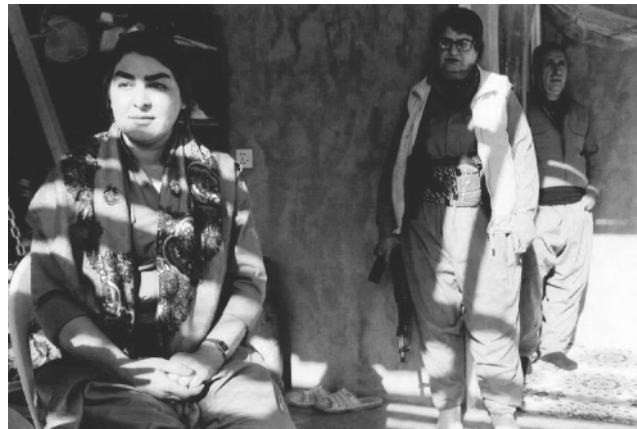
Auf der Terrasse des Frauenstützpunkts trafen wir mehrere Kämpferinnen. Genossin Rezan aus dem Frauenkomitee und dem politischen und militärischen Zentralkomitee begrüßte uns. Sie erzählte vom Aufbau der Frauenstruktur. Das autonome Frauenkomitee im Irak gibt es in seiner heutigen Form seit 10 Jahren, ebenso wie die autonome militärische Fraueneinheit. Beides sind Teile des Zentralkomitees der Partei.

Die Komala wurde 1968 im kurdischen Teil Irans als kommunistische Organisation gegründet und war fast ein Jahrzehnt lang im Untergrund gegen das Schah-Regime aktiv. Nach dem Sturz der Monarchie und der Revolu-



Der Genosse bringt Tee und Süßes, während die Frauen mit uns sprechen.

tion im Jahre 1979 trat die Komala offen auf und wurde schnell zu einer der einflussreichsten Kräfte innerhalb der Widerstandsbewegung im Iran. Dies nicht zuletzt, weil sie sich stark in der Bevölkerung verankern konnte, insbesondere im kurdischen Teil. Die Revolution war durch ihre grosse Teilnahme von Frauen charakterisiert. Wie wir im Buch «Women of Komala» von Fatemeh Karimi nachlesen konnten, führte das Fehlen einer eigenen autonomen Frauenkampfstruktur aber dazu, dass Frauen kaum höhere Positionen innehatten und die Entscheidungsmacht in den Händen der Genossen blieb. Die jungen Frauen jedoch, die ihre politische Stimme mit der Revolution gefunden hatten, gaben sich damit nicht zufrieden. Sie



Vorne Genossin Rezan, im Hintergrund Genossin Mina, die seit 27 Jahren in der Partei ist. Auch ihr Lebenspartner, Kamal, und ihre Kinder sind in der Partei. Frauenstützpunkt Kurdistan Irak, April 2026.

bauten in verschiedenen kurdischen Städten parteiübergreifende, demokratische Institutionen auf, wobei Lehrerinnen eine entscheidende Rolle spielten. Partizipation und die Befreiung der Frauen waren wichtige Kampffelder der Partei und Frauen waren schon von Beginn an aktiv in Logistik, Gesundheit und Bildung involviert. Erst mit der autonomen Organisation kamen auch spezifische Frauenkampfthemen und Forderungen auf den Tisch.

Die demokratischen Institutionen hatten ein kurzes Leben, denn im August, sechs Monate nach der Revolution, begann eine militärische Grossoffensive gegen die revolutionären Räte und Strukturen im kurdischen Gebiet Irans. Geführt wurde sie von der Islamischen Republik unter Ayatollah Khomeini. Die Komala und andere Oppositionsparteien zogen sich zur Verteidigung aufs Land zurück. Erst durch ein Abkommen mit der Zentralregierung konnten sie im November 1979 wieder in die Städte zurück. Unmittelbar danach bauten sie in jeder kurdischen Stadt, in der sie verankert waren, Frauenkomitees auf. Gleichzeitig nahmen die Frauen von da an auch an den Trainings an der Waffe teil. Im November 1982 gründete sich dann das erste Frauenbattalion.

Arbeit aus dem Irak

Die gewaltige Repressionswelle der islamischen Republik gegen die revolutionäre Linke und die kommunistischen Organisationen, sowie interne Spaltungen führten dazu, dass die Komala Mitte / Ende der 80er Jahre politisch und militärisch ihren Tiefpunkt erreichte. Sie sah sich gezwungen, in Kurdistan Irak Zuflucht zu suchen.

Den Stützpunkt im Irak, den wir besuchten, gibt es seit 1985. Er beinhaltet neben militärischen Verteidigungs- und Trainingsorten auch zivile Infrastruktur wie



Inauguration der ersten Fraueneinheit der Komala, 1982 Iran

ein kleines Krankenhaus, eigene Medien (Komala TV und Radio) und einen kleinen Einkaufsladen. Darum nennt der Genosse, welcher übersetzt, das Camp mit viel Wertschätzung und Witz auch «Komala City».

Die Komala und somit auch das Frauenkomitee, legen die Schwerpunkte ihrer Arbeit darauf, den Frauen und dem Volk im Iran eine Stimme zu geben und diese zu verbreiten; und auf die Bildung der Militanten und des Volkes. Sie sehen das Wissen über die Geschichte des eigenen Landes als Werkzeug an, das gemeinsame Leiden zu erkennen, dagegen aufzubegehren und um dann für eine befreite Gesellschaft zu kämpfen. Der Kampf um Freiheit sei ein Kampf um die Köpfe und das Bewusstsein der Massen. Ihrer Meinung nach wird die Freiheit der Menschen des

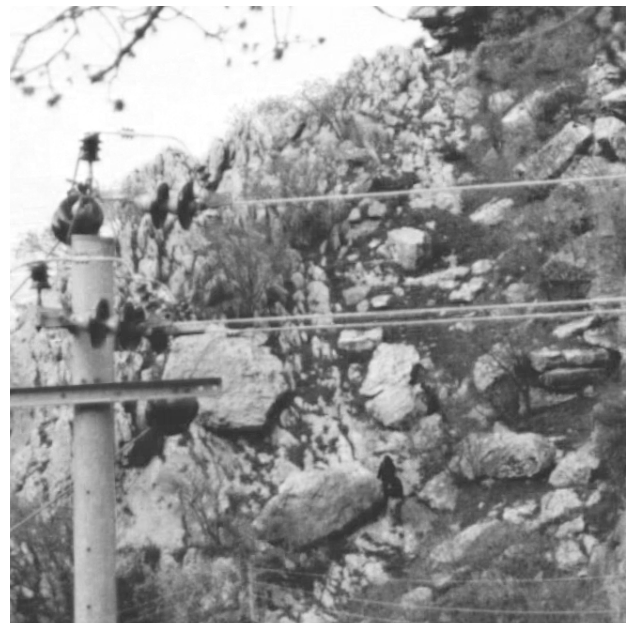


Shop in «Komala City», 2026

Irans nicht nur aus dem Gewehrlauf kommen, nicht von einer bewaffneten Partei, sondern vom Kampf des Volkes, das aus seiner Unterdrückung ausbrechen will.

Die Hoffnung der Kämpfer_innen die wir angetroffen haben war, dass jetzt der Moment gekommen sei, um gegen eine geschwächte Regierung im Iran zu kämpfen. Sie sagten, dass die verschiedenen Protestwellen der letzten fast zwanzig Jahre aufeinander aufbauen würden und die Bewegung von einem zum anderen mal dazulerne.

Auch wenn die Repression bis ins Unbeschreibliche gehe und nach dem Krieg noch verschärft würde, sei das Volk bereit, für die eigene Befreiung zu kämpfen. Das habe man in der Vergangenheit gesehen.



Genoss_innen kommen von ihrem Stützpunkt in den Bergen herunter ins Camp. 2026

Die Interviews, die Genossinnen während dem Besuch gemacht haben gibt es hier nachzulesen:

www.jungewelt.de/artikel/520189.krieg-im-iran-dieser-krieg-muss-so-schnell-wie-m%C3%B6glich-beendet-werden.html

<https://gegenwind.news/2026/stimmen-zum-iran-komala-interview/>

Für ein vertieftes historisches Verständnis der Frauen in der Komala verweisen wir auf das im Artikel erwähnte Buch: women of komala, Fatemeh Karimi, Pluto Press, 2025

Für eine weitere Vertiefung der historischen Linke im Iran verweisen wir auf die Internationale Debatte Nr. 14 «Zur Geschichte der Guerillaorganisation Volksfedajin Iran», Mai 2026, auch auf unserer Webseite zu finden.

INFLUENCER

Podcasts, Kommunismus und Agitprop

Ummengen an revolutionären Influencer_innen und kommunistischen Theoretiker_innen sind im Internet präsent. Was passiert da in den linken Bereichen des Internets und wie sollen wir das bewerten? Einige Gedankenfragmente.

06:30 Uhr: Zugfahrt

(agkk) Die Tube der Arbeiter_innenklasse spuckt Arbeitskraft in die Venen des Kapitals. Ein Grossteil der zusammengepferchten Klassengeschwister in der S6 hat Kopfhörer im Ohr. Ich schaue mir ein neues Video von Hasan Piker an. Der US-amerikanische Influencer tritt im Internet unter dem Naman HasanAbi auf. 2019 machte er erstmals breit auf sich aufmerksam, als er meinte: «Fuck it, I'm saying it, America deserved 9/11, dude.» Der Aufschrei in der bürgerlichen Öffentlichkeit war gross.

Die Aussage machte er während eines Livestreams auf Twitch. Bis heute ist Hasan Piker fast täglich mehrere Stunden auf dieser Videoplattform aktiv. Er reagiert und kommentiert dabei Videos oder aktuelle Geschehnisse live und interagiert über einen Chat mit den Personen, die ihm online zuschauen. Dabei positioniert er sich immer wieder klar gegen den Zionismus und flicht Bruchstücke marxistischer Theorie ein. Seit der Al-Aqsa-Flut sind seine Follower_innenzahlen auf verschiedenen digitalen Plattformen in die Höhe geschossen. 2 Millionen Menschen folgen ihm mittlerweile auf Instagram; 3,2 Millionen auf Twitch. Viele weitere schauen Zusammenschnitte der Streams auf Youtube. Genau wie ich.

Twitch ist ein Subunternehmen von Amazon. Instagram gehört zu Meta, Youtube zu Google (Alphabet). Alles US-amerikanische Unternehmen; auf Platz eins, acht und dreissig unter den grössten Unternehmen der Welt. Mehr Monopolkapital geht kaum. Auf diesen Plattformen wird entsprechend niemand gross, ohne den Spielregeln des Kapitals zu folgen. Hasan Piker ist für die Politisierungsprozesse unzähliger Menschen eine wichtige Figur und generiert derweil guten Cashflow für die Grosskonzerne.

Ich steige aus dem Zug aus und denke mir: Falls in der Chefetage von Amazon eines Tages kurzzeitig die Politik die Führung über das Ökonomische übernimmt, wird der Kanal von HasanAbi wohl gesperrt: Es bleibt zu hoffen, dass dessen diffuse Positionen nicht ausgereicht haben, um den Durst seiner Follower_innen nach politischer Orientierung zu stillen, sondern sie weitergesucht und eine kommunistische Organisation gefunden haben.



Hasan Piker im Magazin Gentlemen's Quarterly im August 2025

12:00 Uhr: Brötchenessen

Ich hole mir über Mittag ein schaumig-grausiges Caprese-Brötchen und einen Mate aus dem Supermarkt. Virtueller Begleiter werde ich dabei von Fabian Lehr. Der «ehemalige Trotzki» hat sich in den letzten Jahren zu einer festen Grösse in der deutschen kommunistischen Internet-Linken entwickelt. Zehntausende schauen seine Videos. Von den Bauernkriegen über Queerness bis zum liberalen Antifaschismus werden in seinen Videos jegliche Themen aus einer kommunistischen Perspektive beleuchtet. Die Videos sind ausschliesslich frontal gefilmt und eignen sich entsprechend gut, um sie sich als Podcast zu Gemüte zu führen.

Ich höre mir eine Folge an, in der er sich dazu äussert, wieso er nicht (mehr) organisiert ist: Er fände es wichtig, sich zu organisieren, es gäbe aber momentan an seinem Wohnort keine Organisation, die ihm wirklich entspreche und eine relevante Grösse habe. Ein entscheidender Grund sei aber vor allem sein Kanal: Diesen könnte er nicht gleich führen, wenn er Teil einer Organisation wäre: Er spräche dann für die Organisation und es wären entsprechend ganz andere interne Aushandlungsprozesse von Nöten, um ein Video zu drehen. Auch die Grundlagen für eine breite ungebundene Debatte in der Linken seien nicht die Gleichen, wenn eine Organisation oder Einzelperson etwas sage.



Fabian Lehr in seinem Video-Podcast.

Die irgendwie eklige aber auch noch geile Mayonnaise meines Brötchens läuft mir über die Finger.

Ich frage mich, was das Relevante für einen zielgerichteten und wirkungsvollen Meinungsaustausch oder Podcast (oder Zeitungsartikel) ist: Dreht sich die erste und zentralste Frage nicht immer darum, über was denn überhaupt gesprochen wird? Ereignisse, Projekte und Gedanken gibt es unzählige – und alle bieten das Potential für Widerspruch, Diskussion und Entwicklung. Aber irgendwie muss eine Prioritätensetzung erfolgen. Ist es nicht fahrlässig, diese Prioritätensetzung nicht zu kollektivieren? Grosse Medienkonzerne bestimmen, was in der bürgerlichen Öffentlichkeit von Relevanz ist und besprochen gehört. Zugleich fördert die aktuelle gesellschaftliche Ordnung die Vereinzelung der Menschen und somit die Vereinzelung von Gedanken und auch Gesprächen. Verstärken wir nicht genau diese Dynamik, wenn Kommunist_innen im Internet irgendwas sagen und diskutieren, ohne sich zuvor zumindest in irgendeinem kollektiven Rahmen die Frage zu stellen, was/wie zu priorisieren ist? Sicherlich orientieren sich kommunistische Influencer_innen für ihre Inhalte an der objektiven Situation oder Tagesaktualität und sprechen mit ihrem Umfeld. Doch ohne direkte Anbindung an die organisierte Klasse und ihre Kämpfe scheint mir die Irrelevanz wie ein Damoklesschwert über den erarbeiteten Inhalten zu schweben.

Gegen Ende des Podcasts meint Fabian Lehr dann noch, dass es wünschenswert wäre, wenn mehr linke Organisationen den digitalen Raum bespielen würden. Ich stimme zu, denn wenn Meinungen und Positionen herausgetragen werden sollen und etwas in Bewegung setzen sollen, dann sind es diejenigen von Organisationen unserer Klasse.

Mein Mate ist leer.

17:15 Uhr: Feierabend

Auf dem Nachhauseweg nicke ich kurz ein.

19:00 Uhr: Flugblattschreiben

Lenin hat einst von Agitprop gesprochen. Propagandist_innen verbinden laut Lenin verschiedene Beispiele, um den Kapitalismus in seiner Komplexität zu entlarven. Dabei richteten sie sich oft an wenige Menschen. Agitator_innen demgegenüber besprechen ein Beispiel, den schlimmsten Auswuchs des momentanen Systems, um viele Menschen zu berühren. Es ist die wunderbare Dialektik der Allgemeinheit und der Besonderheit. Beide müssen in der Vermittlung des kommunistischen Gedankens zusammenspielen, um Menschen mit dem Ziel der Revolution zu organisieren: Agitprop.

Am kommenden Freitag soll der nächste Klimastreik stattfinden. Ich bin mittlerweile zu Hause angekommen und schreibe ein Flugblatt rund um Erdöl und Imperialismus. Dabei erinnere ich mich an den Podcast «Geschichte der kommenden Welten». In ein bis zwei Stunden erzählen Indigo und Sina jeweils detailliert von vergangenen Kämpfen unserer Klasse. Gerade denke ich an die Folge, in der sie den Kampf der Ogoni Nine gegen die Erdölförderung von Shell im Nigeria der 1990er behandelten.

Ich hadere mit meinem Text. Passende Wörter entziehen sich meiner Tastatur, Sätze wollen sich nicht zusammenfügen. Ich bin frustriert, tauche kurz in mein Telefon ab und finde mich im endlosen Sog der Instareels wieder: Bombardierte Spitäler in Gaza, Waldbrände im Baskenland, brennende Ölfelder im Iran. Ich werde nervös, lege das Telefon weg und schreibe weiter.

Der digitale Raum wird tagtäglich mit ideologischen Inhalten aus unterschiedlichsten Richtungen gefüllt. Kommunistische und revolutionäre Agitprop kämpft um diesen Raum. Ich bin dankbar dafür, dass Genoss_innen diesen Kampf führen und frage mich, inwiefern es auch meine Aufgabe wäre.

Mein Flugblattentwurf ist bereit für eine erste Kollektivierung innerhalb der Organisation.

22:30 Uhr: Gutenachtgeschichten

Ich habe mich noch für einen kurzen Abendspaziergang entschieden. Auf der anderen Seite der Strasse wurde, säuberlich zwischen zwei Plakaten für kommende Mobilisierungen eingemittet, Hammer und Sichel an die Wand gesprayt. Die Strasse ist stark befahren; ich bin mir sicher, dass dies nicht das Werk einer Einzelperson war.

Der Kampf im öffentlichen Raum, das Zusammenkommen auf der Strasse, die Organisation, um konkrete Ziele zu verwirklichen und Agitprop zu verbreiten: Dies alles sind zentrale Aspekte kommunistischer Politik. Der Kampf im digitalen Raum ist mit dem in ein sinnvolles Verhältnis zu setzen.

Eine schwache Brise lässt die halb-verdorrtten Blätter des Spitzahorns an der Strasse erzittern. Früher empfand ich das so entstehende Geräusch immer als beruhigend. Jetzt erscheint es mir kratzend; als eine Artikulation der vom Hitzesommer geforderten Tribute.

Der digitale Raum ist vieles, er kann einen Politisierungs- oder einen Rückzugsraum darstellen, er kann Agitpropquelle und Diskussionsraum sein und doch verbleibt er immer in einer Abhängigkeit zur Realität: Twitchstreams prägen Politisierungsprozesse, aber kaum wer wird sich ohne eine real erkannte Ungerechtigkeit und eine konkrete Kampferfahrung organisieren. In Podcasts selbst oder in den Kommentarspalten unter Podcasts entfalten sich Diskussionen, aber es muss ihnen der Sprung zur Kollektivität in der konkreten Organisation gelingen. Und die Agitprop braucht eine nächste Demo, eine Sitzung, eine Bewegung, um das ihr inhärente Ziel der Organisation im Sinne der Revolution zu erreichen.

Vielleicht erfüllen Podcasts und kommunistische Influencer_innen im digitalen Raum also am Ende eine ähnliche Funktion wie kulturelle Arbeit im Generellen: Sie vernetzen, können stärken und Austragungsort von Debatten sein – doch sie können den konkreten revolutionären Kampf nicht ersetzen.

Denn sicher bleibt: Am Ende steht die Strasse.

Ich schliesse die Tür hinter mir.

.....



LoRa 97.5 MHz

Sonntag

18 bis 20 Uhr

Immer am ersten

Sonntag des Monates

Wiederholungen

jeweils

donnerstags

10 bis 12 Uhr

FUSSBALL

Eine Welt ohne die FIFA ist möglich

War der Fussball in seinen Ursprüngen ein Mittel der proletarischen Klasse, um aus dem Alltag auszubrechen und eine Kollektivität zu leben, ist er längst zur Ware im Kapitalismus geworden. Die brutalen Konsequenzen der Profitmaximierung werden besonders um die Weltmeisterschaften deutlich. Werfen wir einen Blick auf die Rolle von FIFA und Co.

(agi) Elfter Juni 2026, Mexiko-Stadt: Vor dem WM-Eröffnungsspiel im Aztekenstadion kocht die Stimmung hoch. Demonstrationen gegen die ökologischen Folgen der WM-Bauarbeiten, Lehrer_innenstreiks für bessere Arbeitsbedingungen, gestürzte Fussballerskulpturen, besprüht mit Parolen wie «Wenn es keine Lösung gibt, wird der Ball nicht rollen». Wie schon in Südafrika 2010 und Brasilien 2014 zeigte sich in Mexiko ein strukturelles Problem von Fussballweltmeisterschaften: Die Gastgeber müssen enorme Summen in Infrastrukturprojekte investieren. Regierungen haben nicht viel Spielraum, denn im aktuellen FIFA-System tragen die Ausrichtungsländer die Kosten allein, während der Weltfussballverband den Grossteil der Einnahmen einstreicht. Dabei hatte der Beginn des 21. Jahrhunderts durchaus Hoffnungen geweckt, die FIFA könnte sich endlich dem in Artikel 2 ihrer Statuten verankerten Ziel widmen, den Fussball weltweit unter Berücksichtigung seines «völkerverbindenden, erzieherischen, kulturellen und humanitären Stellenwerts» zu verbreiten. Wer verstehen will, warum daraus wenig geworden ist, muss zunächst fragen, was den Fussball überhaupt zu einer solchen Massenangelegenheit macht.

Fussball als Ausdruck der Massen

Fussball ist ein globales Phänomen. Überall auf der Welt wird das Spiel von Menschen der unteren Klasse gespielt. Wie kein anderer Sport mobilisiert er die Massen. Millionen von Menschen strömen Wochenende für Wochenende in die Stadien dieser Welt. Der Fussball kann uns die Erfahrung von Zusammenhalt und Gemeinschaft bieten, Dinge, die der Kapitalismus uns verwehrt. Sport bietet uns die Möglichkeit, die oft bedrückenden Lebensverhältnisse im Kapitalismus für eine Weile hinter uns zu lassen. Er unterstreicht eine Kollektivität, die wegen der Individualisierung in der kapitalistischen Gesellschaft nicht vorhanden ist. Diese kollektiven Momente brachten mit den Ultras eine anhaltende Massenbewegung hervor, die das Erlebnis Fussball massgeblich prägten. Es geschahen Prozesse der Selbstorganisation, der Selbstbestimmung und der Opposition gegen die Herrschenden wie zum Beispiel gegen Vereinsbosse, Sponsoren oder staatliche Repressionsorgane. Fussball ist politisch und er brachte, wie wir später erfahren werden, auch immer wieder die Figuren hervor, welche die Liebe und den Respekt der Massen nicht nur durch sportliche Leistungen, sondern auch durch ihr politisches Handeln und Wirken errangen.

Überall Widersprüche

Während der englische Verteidiger Djed Spence seinem ghanaischen Gegner Thomas Partey, der sich vor Gericht wegen Vergewaltigung und sexueller Nötigung verantworten muss, aus Protest den obligatorischen Handschlag verweigerte, blieben Konsequenzen seitens der FIFA aus. Der Verband plante, mit der Weltmeisterschaft in diesem Jahr 13 Milliarden US-Dollar umzusetzen, und das Profitinteresse steht über allem. Die betroffenen Frauen bleiben gesichtslos, während mutmassliche Täter sich um den Ruhm ihrer Nation bemühen. Gejubelt wird trotz der Vorwürfe und ausstehender Gerichtsverfahren.

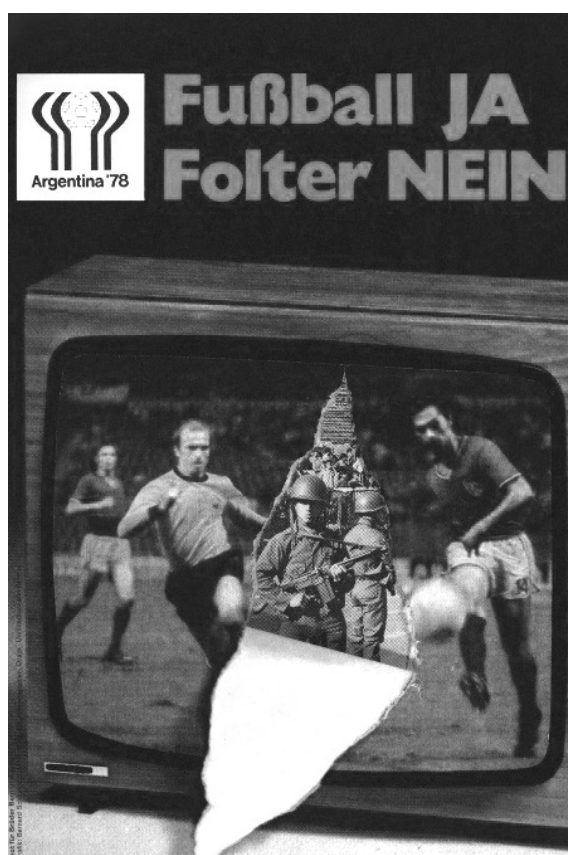
Dass die Opfer sich bedeckt halten, ist nicht verwunderlich, wenn man etwa an den Suizid von Kasia Lenhardt im Jahr 2021 denkt: Nachdem ihr Expartner und damaliger deutscher Nationalspieler Jérôme Boateng sich öffentlich über sie ausliess, folgte eine reisserische Berichterstattung, deren Dynamik mutmasslich dazu führte, dass sich Lenhardt das Leben nahm. Zwischen den Frauen und Fussballspielern besteht ein finanzielles Machtgefälle, und nicht selten werden Verfahren durch Vergleichszahlungen eingestellt. Wo es kein Urteil gibt, gibt es auch keinen Täter. Die Angeklagten können auf die Unschuldsvermutung verweisen, während sie sich von den Vorwürfen freikaufen.

Der Fussball ist dabei weder Ursache noch Ausnahmerscheinung. Wo Millionen Menschen mobilisiert, wo Milliarden umgesetzt werden und wo sich die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf einen Ort richtet, werden auch die hässlichen Seiten der Gesellschaft sichtbar. Sexismus, Rassismus, Homophobie, Phänomene aus dem Überbau, verschwinden nicht, nur weil gerade Fussball gespielt wird: Bei einem Ereignis von der Grösse einer Weltmeisterschaft werden sie für Millionen Menschen sichtbar und flimmern über unsere Bildschirme. Dasselbe Muster zeigt sich auch ausserhalb des Sports: Auch Schauspieler,

Musiker oder andere Prominente können sich auf Geld, Status und einflussreiche Netzwerke stützen, wenn ihnen sexualisierte Gewalt vorgeworfen wird.

Besonders gut beherrscht dieses Wegschau die FIFA. Während Täter auf der grössten Fussballbühne der Welt auftreten, setzt der Verband lieber auf Imagepflege als auf Konsequenzen. Stiefellecker Infantino kann dann an einer Pressekonferenz Sätze wie «Today I feel black» von sich geben, die sich kaum ernst nehmen lassen und weltweit für Spott sorgen, während gleichzeitig jene Strukturen unangetastet bleiben, die Menschen mit Geld und Macht ermöglichen, sich ihrer Verantwortung zu entziehen.

Auch die Gewalt im Umfeld von Sportgrosseignissen lässt sich nicht auf den Fussball allein reduzieren. Studien zeigen, dass partnerschaftliche Gewalt während WM-Spielen signifikant zunimmt. Diesen Zusammenhang ausschliesslich mit Alkoholkonsum oder individuellen «Fehlritten» zu erklären, greift jedoch zu kurz. Die Frage ist vielmehr, welche gesellschaftlichen Verhältnisse es ermöglichen, dass manche Menschen sich Konsequenzen entziehen können, während andere die Kosten dafür tragen. Gleichzeitig wird das nationale Gemeinschaftsgefühl als Ablenkung vom Alltag inszeniert und dankbar angenommen, während die strukturellen Widersprüche, die eine solche Weltmeisterschaft überhaupt erst möglich machen, aus dem Blick geraten.



Plakat der «Aktion WM 1978»

Geschichten, die nur der Fussball schreiben kann

Ein Meilenstein der Kommerzialisierung war «USA '94», ein Erbe des früheren FIFA-Boss João Havelange, der als neokolonialer Funktionär und Sportpolitiker agierte. Möglich wurde seine Wahl dank der Unterstützung aus Afrika und Asien. Bei der FIFA gilt: ein Mitglied, eine Stimme. Havelange knüpfte ein Netzwerk aus Funktionären in aller Welt, die er, genau wie sich selbst, mit Bestechungszahlungen aus Vermarktungsverträgen versorgte. Havelange verstand es, die Grundstruktur der FIFA ebenso für seine Zwecke zu nutzen wie die Globalisierung. In seiner Amtszeit wurde die WM der Männer erstmals in die USA vergeben, wo sie 1994 stattfand, und nach Asien – Japan und Südkorea richteten 2002 das Turnier aus. Mit mehr Teilhabe für bisher wenig berücksichtigte Länder der Welt hatte das nichts zu tun. Es ging um die Erschließung neuer Märkte. Topsponsoren wie Coca-Cola, Mastercard oder McDonald's hinterlegten zweistellige Millionenbeträge. Schlechter Trost: Hispanics wurden nicht von ICE-Einheiten, sondern von Marketingagenturen als Zielgruppe entdeckt. Als sich Brasilien im Finale schmucklos gegen Italien durchsetzte (0:0 n. V., 3:2 i. E.), hatte sich die WM längst ausgezahlt.

Ins Bild passte: Gleich nach dem Gruppenspiel Argentinien–Nigeria (2:1) wurde Maradona medienwirksam zur Dopingprobe geführt. Kurz darauf wurden in der indischen Region Westbengalen, so die Zeitschrift Sport in Society, «Figuren von FIFA-Offiziellen verbrannt, viele öffentliche Busse mit Slogans wie «Lang lebe Maradona» oder «Maradona», wir sind bei dir» bemalt». In Bangladesch «fand eine fast 20.000 köpfige Demonstration

statt, auf der skandiert wurde: «Dhaka wird brennen, wenn Maradona nicht spielen darf.» Auch am Río de la Plata ging man mehrheitlich davon aus, Maradona sei gezielt aus dem Spiel genommen worden, um zu verhindern, dass er bei einem Triumph «den WM-Pokal ... Fidel Castro widmen» würde, den er zuletzt 1993 besucht hatte. Die These ist kaum zu beweisen. Jedoch: Im Jahr 2000 wird Maradona auf einer FIFA-Gala die Trophäe zum «Fussballer des Jahrhunderts» vor der Weltpresse dem «argentinischen und kubanischen Volk» sowie «Fidel Castro und Che Guevara» widmen.

2010 durfte Südafrika die WM ausrichten und bot den Rahmen für ein unvergessenes Fussballfest: Shakiras »Waka Waka«, die allgegenwärtigen Vuvuzelas, Spaniens Tiki-Taka auf dem Weg zum ersten WM-Titel von «La Roja». Zu den symbolträchtigsten Momenten gehörte Nelson Mandelas Auftritt bei der Pokalübergabe. Für ein Land, das sich noch nicht lange zuvor von der Apartheid befreit hatte, war das Turnier zugleich eine Demonstration politischer Selbstbehauptung. Bei aller Begeisterung regte sich jedoch auch Widerstand gegen explodierende Baukosten und die damit einhergehende Aufwertung der Stadt sowie die weitreichenden Sonderregelungen, die die FIFA durchsetzte: «Sicherheitszonen» rund um die Stadien, Demonstrationsverbote sowie eine komplette Steuerbefreiung für den Verband.

Vier Jahre später wiederholte sich das Muster in Brasilien. Hunderttausende gingen gegen die WM-Auflagen auf die Strasse. «Nao vai ter copa!» (Es wird keine WM geben!) lautete eine der Hauptparolen. Die Proteste, die unter anderem auch in Zürich stattfanden, setzten den Weltfussballverband derart unter Druck, dass er bei einzelnen organisatorischen Fragen nachgeben musste. Am Grundprinzip änderte sich jedoch nichts. Um die Vorgaben der FIFA zu erfüllen, müssen Gastgeberländer enorm in Sportinfrastruktur investieren, deren Nutzen nach dem Turnier oft begrenzt bleibt. Sportlich endete die WM für Brasilien zudem in einem Trauma, der 1:7 Niederlage gegen Deutschland. Wenige Tage später holte die DFB-Elf mit einem 1:0 gegen Argentinien ihren vierten WM-Titel. Doch die Stunde der Albiceleste sollte acht Jahre später einmal mehr schlagen.

FIFA Mafia

Der frühere FIFA-Boss João Havelange betrieb noch eine Vetterlewirtschaft im Stil des Dampfmaschinenzeitalters. Blatter machte aus dem Schmiergeldklub eine kriminelle Vereinigung im Stil der Finanzmarktjobber, die sich bis zum Schiffbruch von 2007/2008 für Herren des Universums hielten. Infantino, Zweitwohnsitz in Katar (Austragungsort der Weltmeisterschaft 2022), vollendete das Ganze und lässt die FIFA in Symbiose mit Scheichs, Königen (Saudi-Arabien hat schon den Zuschlag für die Weltmeisterschaft 2034) und dem alle überstrahlenden Donald Trump aufgehen. Dem übergibt er wahrscheinlich den noch nicht vorhandenen, aber in Sekunden beschaffbaren FIFA-Weltliteraturpreis, falls das Nobelkomitee erneut versagt. Widerstandskämpfer der oberen Klasse, Sepp Blatter, angesichts dessen: Er liebe die Kanadier und fühle sich «sogar ein bisschen kanadisch». Mehr Wilhelm Tell gegen die Trump-Infantino-Allianz ist kaum denkbar.

Ihre Ordnung ist auf Sand gebaut

Die WM 2026 als Paradebeispiel für ein exklusives Event für Reiche und Armut für diejenigen, die alles bauen und mit ihrer Arbeit das System (noch) am laufen halten. Der Kapitalismus versucht, den Fussball zu töten, indem er ihn von seiner sozialen Basis trennt. Doch genau hier liegt eine Chance. Die Wut auf steigende Ticketpreise, Überwachung und Ausgrenzung ist mehr als nur ein Ärgernis. Sie vereint und mobilisiert Fans. Kämpfe lassen sich gemeinsam führen und der Fussball ist ein Ort, an dem Klassengegensätze für viele besonders sichtbar werden. So traf die Initiative «Liebsch de Fuessball, hassisch d'Fifa» vom 11. Juli 2026 ins Schwarze. Ein breites Bündnis aus politischen Organisationen, Alternativ Liga Spieler_innen und Fans organisierte eine Kampagne gegen die Kommerzialisierung des Fussballs. Nach der Kundgebung und der anschliessenden spontanen Demonstration traf man sich auf der Bäckeranlage bei einem Grill zu politischem Austausch. Diese Kampagne reihte sich in eine Geschichte des Widerstands gegen die FIFA in Zürich ein und benannte den Kapitalismus als Ursache hinter diesen unliebsamen Entwicklungen. Den Fussball als Massenphänomen zu begreifen ist ein Schritt auf dem Weg, um den Widerstand auf den Tribünen, Plätzen und Strassen zu organisieren, bis der Ball dorthin zurückrollt, wo er hingehört: zu denen, die ihn spielen.

SPANISCHER BÜRGERKRIEG

Zum 90. Jubiläum der spanischen Revolution

Vor 90 Jahren, im Juli 1936, begann mit dem Putsch reaktionärer Kräfte der Spanische Bürgerkrieg und leitete das Ende der 2. Spanischen Republik sowie der spanischen Revolution ein. Wie verlief dieser historische Prozess und was bedeutet dies für unser historisches Bewusstsein als Revolutionär_innen heute?

(agbs) Mit der Ausrufung der Zweiten Spanischen Republik im Jahr 1931 begann eine Phase tiefgreifender politischer und gesellschaftlicher Reformen. Die neue Regierung führte unter anderem Veränderungen im Militär, im Bildungswesen, bei der Landverteilung sowie beim Frauenstimmrecht durch. Zudem wurde die Trennung von Kirche und Staat weiter vorangetrieben.

Diese Reformen stiessen jedoch auf erheblichen Widerstand. Vor allem Grossgrundbesitzer, die katholische Kirche, Teile des Militärs und konservative Parteien lehnten die Veränderungen ab. Aus diesem konservativen Lager entwickelte sich die Confederación Española de Derechas Autónomas (CEDA), die sich zur wichtigsten katholisch-konservativen Partei der Republik entwickelte.

Mit der Einführung des Frauenwahlrechts gewann die weibliche Wählerschaft an politischer Bedeutung. Frauen engagierten sich zunehmend politisch – sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite. Während die CEDA gezielt katholische Frauen mobilisierte, beteiligten sich auch sozialistische, kommunistische und anarchistische Frauen an politischen Organisationen und Bewegungen. Dadurch wurde die politische Mobilisierung der Bevölkerung weiter verstärkt.

Asturischer Aufstand

Als die CEDA im Oktober 1934 in die Regierung eintrat, befürchteten Sozialist_innen, Anarchist_innen und Kommunist_innen, Spanien könnte sich in Richtung eines autoritären oder faschistischen Staates entwickeln. Aus Protest riefen linke Organisationen zum Generalstreik auf. Während dieser in den meisten Teilen des Landes scheiterte, entwickelte er sich in Asturien zu einem bewaffneten Aufstand der Bergarbeiter_innen. Gemeinsam mit den linken Kräften brachten sie grosse Teile der Region unter ihre Kontrolle.

Die Regierung setzte die Armee Afrikas unter Franco gegen den Aufstand ein und schlug ihn nieder. Dadurch gewann Franco an Einfluss.

Wahlsieg, Militärputsch und Bürgerkrieg

Bei den Parlamentswahlen im Februar 1936 gewann die linke Volksfront (Frente Popular) die Mehrheit. Teile der politischen Rechten radikalisierten sich daraufhin zunehmend und unterstützten verstärkt die Falange. Gleichzeitig nahmen politische Gewalt und soziale Spannungen zu. Am 13. Juli 1936 wurde der konservative Oppositionspolitiker José Calvo Sotelo von Angehörigen republikanischer Sicherheitskräfte ermordet. Die Tat war eine Vergeltungsaktion für die Ermordung des republikanischen Offiziers José Castillo.

Am 17. und 18. Juli 1936 begann der Militärputsch. Da dieser jedoch nicht im gesamten Land erfolgreich war, entwickelte sich aus dem gescheiterten Staatsstreich ein Bürgerkrieg zwischen den republikanischen und den nationalistischen Kräften.

Nach dem Militärputsch rückten die Nationalisten auf Madrid vor. Die republikanischen Truppen konnten die Hauptstadt jedoch mit Unterstützung der Internationalen Brigaden sowie sowjetischer Waffen verteidigen. Der Widerstand machte Madrid zu einem Symbol des republikanischen Kampfes.

1937 scheiterten mehrere nationalistische Offensiven gegen Madrid, darunter bei Jarama und Guadalajara. Die Kämpfe verursachten auf beiden Seiten hohe Verluste.

Im Jahr 1938 starteten die Nationalisten eine Offensive in Aragón. Sie erreichten das Mittelmeer und teilten das republikanische Gebiet in zwei Teile, wodurch sich die militärische Lage der Republik deutlich verschlechterte.

Der Spanische Bürgerkrieg wurde auch von ausländischen Mächten beeinflusst. Deutschland unterstützte Franco mit der Legion Condor, Flugzeugen, Panzern und militärischen Beratern. Italien entsandte Soldaten sowie militärisches Material. Die Sowjetunion unterstützte dagegen die Republik mit Waffen, Panzern, Flugzeugen und Beratern. Gleichzeitig gewann sie dadurch politischen Einfluss innerhalb des republikanischen Lagers. Aber auch das internationale Proletariat unterstützte den Kampf gegen den Faschismus. Die Internationalen Brigaden, bestehend aus Freiwilligen aus mehr als 50 Ländern, kämpften auf Seiten der Republik. Sie waren unter anderem an der Verteidigung Madrids sowie an den Schlachten von Jarama und am Ebro beteiligt.



Amerikanische Kämpfer_innen des Abraham Lincoln Bataillons der 15. internationalen Brigade, an der Jarama Front, südlich von Madrid 1937. Im Februar 1937 nahm die Brigade im Rahmen der Verteidigung von Madrid an der Schlacht von Jarama teil und erlitt hohe Verluste.

Konflikte innerhalb der Republik

Auch innerhalb der Republik kam es zu Spannungen. Die kommunistische Partei setzte sich für eine starke Zentralregierung ein und wollte den militärischen Sieg über Franco in den Vordergrund stellen. Die Anarchisten_innen und die marxistische POUM hingegen verfolgten das Ziel einer sozialen Revolution und organisierten in vielen Regionen Betriebe und Landwirtschaft in Selbstverwaltung.

Im Mai 1937 kam es in Barcelona zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen politischen Gruppen innerhalb des republikanischen Lagers. Nach den Mai-Kämpfen von 1937 wurde die POUM von der republikanischen Regierung verboten, ihre Mitglieder verfolgt und ihre Führung verhaftet. Die republikanische Ebro-Offensive scheiterte 1938 und schwächte die Republik entscheidend. Anfang 1939 eroberten die Nationalisten Barcelona und Madrid. Am 1. April 1939 erklärte Franco den Bürgerkrieg für beendet und errichtete eine Diktatur.

Der Spanische Bürgerkrieg heute

Heutige linke Narrative zum Spanischen Bürgerkrieg, zur revolutionären Bewegung und ihren Erfolgen und zu den Gründen für die Niederlage der spanischen Linken lassen sich grob und vereinfachend in zwei Erzählungen unterteilen.

Einerseits eine Erzählung, die vor allem innerhalb der spanischen Linken nach 1939 und bis heute verbreitet ist: Die Republik beendete die jahrhundertlange politische und ökonomische Dominanz des reaktionären und alten Spaniens in Gestalt von Adel und Klerus, indem es Landreform, Alphabetisierungskampagnen und eine Demokratisierung von Staat und Gesellschaft vorantrieb. Gegen diesen Willen zur progressiven Umgestaltung der Gesellschaft erhob sich ein reaktionäres Bündnis aus Klerus, Adel, Grosskapitalisten und Faschisten, deren Putschversuch 1936 aber am Widerstand des spanischen Volkes und der Linken scheiterte, weswegen sie das Land in einen



Kämpfer_innen einer linken Miliz während der Verteidigung von Madrid 1936-1937. Viele proletarische Frauen schlossen sich während der Schlacht um Madrid den Milizen an und leisteten einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen den Faschismus.

blutigen Bürgerkrieg stürzten und eine brutale 40-jährige Diktatur errichteten.

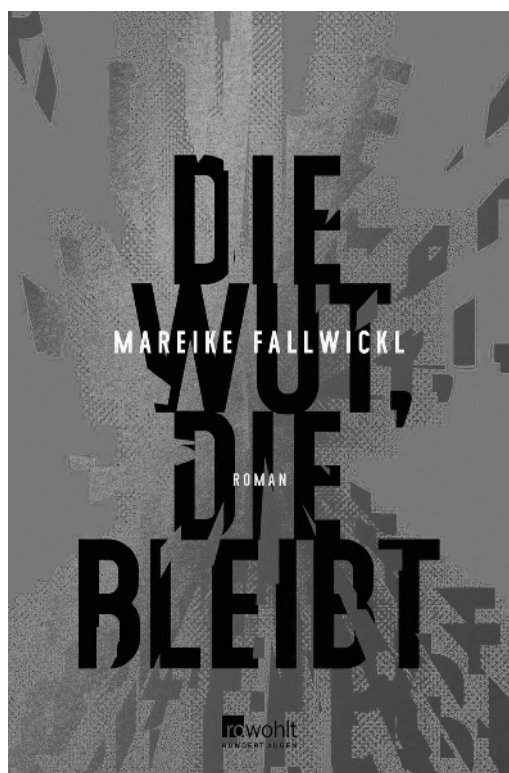
Eine andere Erzählung zur Periode 1936-1939 ist vor allem in anarchistischen und trotzkistischen Kreisen verbreitet: 1936 herrschte in Spanien auf dem Land und in den Betrieben eine revolutionäre Situation, angefeuert durch die schlechte soziale Lage und einer kämpferischen Stimmung in der Bevölkerung. Es bildete sich eine revolutionäre Bewegung, angeführt von der anarchistischen CNT-FAI und der marxistischen POUM, die Betriebe für die Arbeiter_innen übernahm und Agrarland kollektivierte. Auch organisierte sie den frühen Widerstand gegen den Putsch und bewaffnete die Arbeiter_innen, mit dem Ziel die Revolution im ganzen Land zu verbreiten. Die bürgerliche Republik, angeführt durch eine bürgerliche PSOE und eine stalinistische PCE versuchte die Revolution einzudämmen und zu bekämpfen, was dazu führte, dass die reaktionären Kräfte nicht schon 1936 besiegt werden konnten, sondern im Gegenteil den Krieg gewannen.

Probleme mit linken Narrativen

Beide Narrative weisen gewisse Probleme oder Leerstellen auf. So blendet die innerspanische Erzählung die Säuberungen und Repression gegen Anarchist_innen und POUM, sowie den bürgerlichen Charakter der Republik aus. Aber auch bei der anarchistischen und trotzkistischen Interpretation der Ereignisse gibt es Leerstellen. So waren Kollektivierungen vor allem dort verbreitet, wo CNT-FAI und POUM grossen Einfluss hatten, also in grossen Städten wie Madrid oder Barcelona, in ländlichen Gebieten mit grossen Latifundien und Regionen mit starker Industrialisierung und Minenbau wie Asturien oder Katalonien. In anderen Gebieten wie Galicien oder Leon, die eher kleinfäuerlich geprägt waren, aber auch in Regionen mit grossen Landgütern wie Kastilien oder La Mancha war die revolutionäre Bewegung längst nicht so erfolgreich.

Ein weiterer Punkt ist die Realität der militärischen Lage: Zwar standen beide Seiten auf dem Papier auf einem ähnlichen Stand, was die Anzahl Kämpfende angeht, jedoch mit wichtigen qualitativen Differenzen, wie die organisatorische Kohäsion und Bewaffnung der Einheiten. Ausserdem waren die revolutionären Milizen zwar zahlenmässig stark und hochmotiviert, aber in Punkto Erfahrung und Ausbildung der regulären Armee und den Sicherheitskräften weit unterlegen, was zu hohen Verlustraten und häufigen Niederlagen im Gefecht führte.

Bei dieser Kritik geht es nicht darum, einzelne linke Narrative über unsere Vergangenheit als falsch zu überführen. Vielmehr wollen wir die Notwendigkeit von präzisen historischen Analysen hervorheben, die die materiellen Verhältnisse als Ausgangslage für jegliche Untersuchung unserer Geschichte nehmen. Nur so können Revolutionär_innen die richtigen Schlüsse und Lehren aus der Vergangenheit für die heutige politische Praxis ziehen. Es ist wichtig, darüber zu diskutieren, was die Zeit von 1931-1939 in Spanien für uns heute bedeutet und welche Schlussfolgerungen für unsere politische Praxis daraus gezogen werden sollen.



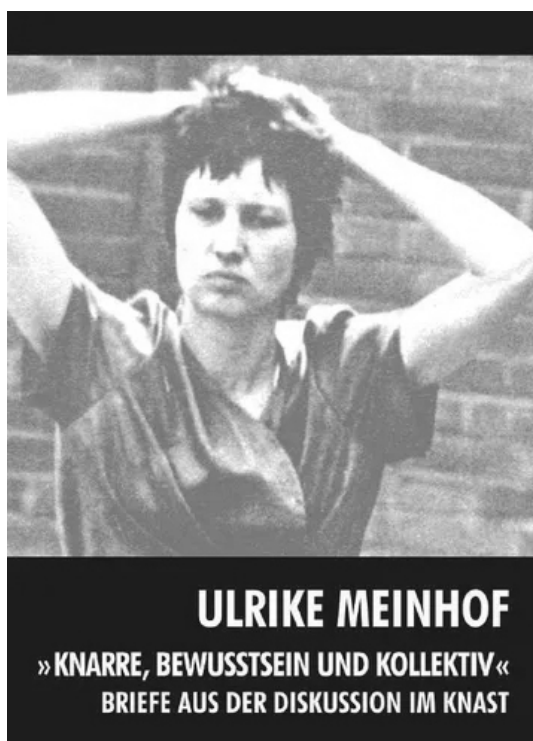
Mareike Fallwickl: Die Wut, die bleibt

(agfk) Der Titel passt. Mareike Fallwickl gelingt es überzeugend, die Gratisreproduktionsarbeit in einer Familie nicht nur sichtbar, sondern spür- und erlebbar zu machen, die Zumutungen des Alltags nehmen hier den Platz ein, der ihnen normalerweise nicht gewährt wird.

Die Autorin eröffnet das Thema mit drastischen Mitteln. Am Anfang des Buchs steht die Mutter Helene beim gemeinsamen Abendessen mit ihrem Mann und den drei Kindern vom Esstisch auf, schlendert auf den Balkon und stürzt sich runter. Ab nun muss alles, was sie bisher gemacht hatte, übernommen werden, durch Menschen, die sich eigentlich nicht in der Verantwortung dafür sehen und denen die Arbeit deshalb auffällt. Oder wie im Falle des Ehemannes Johannes, der in der Verantwortung stehen würde, aber sich entzieht und leidet. Er wird, da sind sich alle Beteiligten sicher, früher oder später eine neue Ehefrau finden, die in die Lücke springen wird, er wird sich durch die Erlebnisse verändert haben, aber nicht ausreichend, denn er ist eine Dumpfbacke und wird eine bleiben, genauso wie die Wut bleiben wird.

Neben diesem Haushalts-Erzählstrang entwickelt sich ein zweiter Erzählstrang der Teenager-Tochter Lola, die gleichzeitig toll und niederschmetternd pubertär ist. Sie ist diejenige, die ihre zwei kleinen Brüder kennt und betreuen kann, rebelliert aber auch lauthals gegen die Rolle, gegen den Körperwahn ihrer Mitschülerinnen und gegen Sexismus im allgemeinen. Lolas Rachefeldzug ist der unrealistische Teil des Buches. Er hat gleichzeitig etwas befreiendes und deprimierendes. Auf der anderen Seite ist Lola ein Teenager, mit ein wenig Berg- und Talfahrt müssen wir Leser_innen da schon klarkommen.

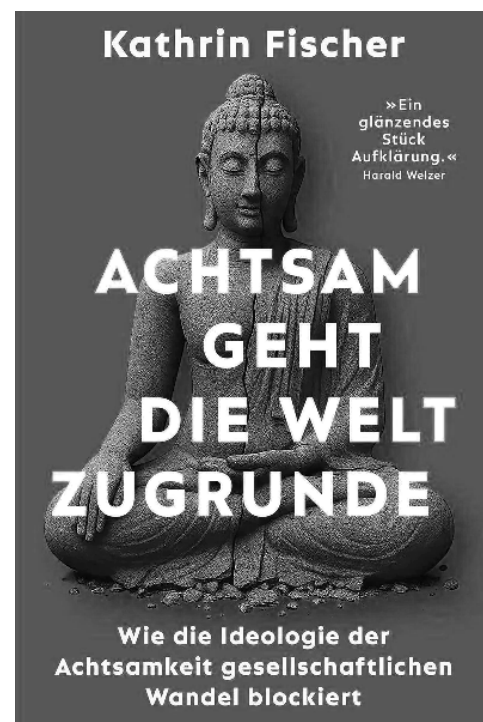
Das Buch ist politisch, jedoch nicht revolutionär, das Familienmodell wird beispielsweise nicht explizit in Frage gestellt. Seine Stärke liegt in der schonungslosen Offenlegung der Missstände. Wer nicht weiss, worum das ganze Gerede von Care-Arbeit geht, kann diesen Roman lesen und wird es wissen. Die Figuren sind allesamt überzeugend, weder gute noch schlechte Menschen, weder besonders progressiv noch konservativ, einfache Leute, die in ihrer Rolle gefangen sind und - so die abwesende Hauptfigur - sich einfach wortlos das Leben nehmen, anstatt die Überforderung durch die Sorge-Arbeit eine Sekunde länger ertragen zu müssen.



Ulrike Meinhof: «Knarre, Bewusstsein und Kollektiv». Briefe aus der Diskussion im Knast

(gpw) Vom achten Mai auf den neunten im Stammheimer Knastjahr sechsundsiebzig ist Ulrike Meinhof gestorben worden. Doch nur wenige kennen ihre Biografie. Eine der bekanntesten linken Journalistinnen der 1960er Jahre in der BRD wird Teil der Stadtguerilla Rote Armee Fraktion (RAF). Ihr Name und Gesicht steht auf Fahndungsauffufen und als sie schliesslich verhaftet wird, haben die Repressionsorgane besonders sie im Visier. Weil sie schon eine längere linke Geschichte hat, gilt sie als besonders gefährlich. Daran erinnert ein im Verlag Cimarron erscheinender Band, in dem Texte von Meinhof aus den Zeiten im Gefängnis dokumentiert sind. Die Texte wurden von ehemaligen RAF-Gefangenen zusammengestellt und erinnern fünfzig Jahre nach ihrem Tod an Ulrike Meinhof.

Sie war führend in der Bewegung gegen den Atomtod. Meinhof war von 1960 bis 1964 Mitglied der illegalisierten KPD und regelmässige Autorin der Monatszeitschrift Konkret, einem wichtigen Organ der Linken in der BRD. Auch nach dem sie die KPD verlassen hatte, blieb Meinhof eine wichtige Stimme der ausserparlamentarischen Linken. Dabei beschäftigte sie sich früh mit Themen wie (Anti-)Imperialismus, Konterrevolution aber auch mit der Unterdrückung der Frauen, wie in den konsequent kleingeschriebenen Texten deutlich wird. Im Buch wird deutlich, dass sogar Diskussionen im Knast mit und unter den Gefangenen trotz der harten Repression sehr wohl möglich waren. Eine Empfehlung für alle, die einen ungefilterten Blick auf die Perspektive einer kämpfenden Kommunistin erhaschen möchten.



Kathrin Fischer: Achtsam geht die Welt zugrunde

(agfk) Immer mehr Menschen leiden unter Stress und Erschöpfung – und versuchen mithilfe von Achtsamkeitstechniken wie Meditation, Atemübungen, Journaling oder Yoga dagegen anzugehen. Achtsamkeit verspricht Halt in einer krisenhaften Gegenwart. Doch was, wenn der Anspruch, trotz allem ruhig und positiv zu bleiben, selbst Teil des Problems ist?

Kathrin Fischer rechnet scharf mit dem modernen Hype um Selbstfürsorge und Meditation ab. Die Autorin kritisiert, dass systemische und gesellschaftliche Missstände in eine private Verantwortung umgedeutet werden. Wer unter Stress oder Erschöpfung leidet soll sich demnach nicht rebellisch gegen die Verhältnisse auflehnen, sondern per Meditation sein eigenes Verhalten optimieren. Solcherart individuelle Problemlösungen für gesellschaftliche Krisen zwingt die Menschen dazu, sich an miserable Lebens- und Arbeitsumstände anzupassen, anstatt sie zu verändern. Es erscheint nur noch das eigene Selbst als veränderungsbedürftig, die Welt aber als nicht veränderbar. Längst ist Achtsamkeit nicht mehr nur eine individuelle Praxis. Sie hat sich zur Ideologie entwickelt, die negative Gefühle als unzulässig darstellt, soziale Missstände zu persönlichem Versagen erklärt und die Spaltung der Gesellschaft vertieft. Fischer zeigt auf, wie solcherart Techniken nicht selten noch tiefer in das Hamsterrad aus Selbstoptimierung und Erschöpfung treiben.

Die Autorin negiert nicht, dass möglicherweise Energearbeit, Meditationspraxis oder Regulation eine transformative Kraft besitzen können. Doch nur, weil Achtsamkeit dazu beitragen kann, heisst das nicht, dass sie das auch immer tut. Die Kritik richtet sich nicht in erster Linie auf eine persönliche Praxis, sondern vor allem auf die ideologische Ebene, darauf, wie der Kapitalismus versucht, Profite daraus zu schlagen. Dabei hält das Buch auch etliche Informationen über Nutzniesser dieser Ideologie bereit, wie zum Beispiel die Öl- und Gasbranche, die seit 1970 täglich etwa drei Milliarden Dollar Gewinn erzielt; oder wie die «Achse des Öls» einen konsequenten Kampf gegen Regulierungen führt, wie sie libertäre Netzwerke finanzieren (zb. Atlas), die klimaskeptische Kampagnen steuern, Politiker beeinflussen, Studien manipulieren und Klimaschutzgesetze blockieren, etc.

Das Buch ist ausserdem sehr unterhaltsam und witzig geschrieben, etwa bei den Tipps der Deutschen Bahn, wie mit Verspätungen umzugehen sei, indem man die Chance zu Gelassenheitsübungen nutzen könne, und dergleichen.

Jedenfalls ein starkes aufklärendes Buch, welches zu widerständigem Denken anregt und zur Erkenntnis, dass Achtsamkeit allein keine Antwort auf persönliche und gesellschaftliche Herausforderungen sein kann und warum es kollektiver Perspektiven für die Zukunft bedarf. Ein Plädoyer für gemeinschaftliche ökonomische und politische Konzepte. Zwar wirbt Fischer nicht direkt für die Enteignung der Bourgeoisie, doch rückt sie die Eigentumsfrage ins Zentrum. Ob wir mit anderen konkreteren Zielen und Strategien des gesellschaftlichen Wandels mit Kathrin Fischer einig werden würden, wissen wir aber nicht so genau.



Der Hunger bleibt derselbe, nur die Beute hat sich geändert: von Kehlen zu Buchrücken.

ANTIQUARIATE

Vampire im Dienst der herrschenden Klasse

Warum ausgerechnet vergilbte Bücher zur wertvollsten Ware der KI-Branche werden, und was das über den Zustand der Vampire verrät.

(agi) In einer Lagerhalle irgendwo in Nordamerika trennt eine Maschine im Sekundentakt Einbände von Buchblöcken. Was unters Messer gerät, sind Romane, Sachbücher, Lyrikbände, die palettenweise aus Antiquariaten zusammengekauft wurden. Zerlegt, digitalisiert, weggeworfen. Gelesen wird nichts davon. Verschlungen wird alles.

Antiquare in ganz Europa melden seit Wochen ungewöhnlich grosse Bestellungen, angeblich von einem nordamerikanischen Käufer namens Zoom Books aufgegeben. Es geht nicht um seltene Erstausgaben, sondern um Masse: kiloweise, wahllos, Hauptsache Papier, Hauptsache alt. Was zunächst absurd klingt, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als die schlüssigste Erzählung, die die KI-Industrie derzeit zu bieten hat.

Das offene Netz ist ausgesogen

Die grossen Sprachmodelle haben das frei zugängliche Internet längst durchkämmt. Jeder Forumseintrag, jeder Blog, jede Produktbeschreibung ist bereits verarbeitet. Schlimmer: Was heute neu ins Netz gelangt, stammt zunehmend selbst aus der Maschine. Die Quelle, aus der die Systeme trinken, ist nicht nur erschöpft, sie ist trüb. Wer das offene Netz heute abschöpft, holt grösstenteils den eigenen, wiedergekäuten Output zurück: digitalen Morast, in dem die Maschine ihr eigenes Spiegelbild schluckt.

Gedruckte Bücher von vor 2022 sind das exakte Gegenteil. Keine KI hat je ihre Sätze verarbeitet. Sie gelten, in der nüchternen Sprache der Dateningenieur_innen, als «clean»: Menschlicher Text ohne maschinellen Abdruck. Das vergilbte Reclam-Heftchen aus Schultagen, jahrzehntelang wertlos, ist über Nacht zum kostbaren Rohstoff aufgestiegen. Und weil ein Gericht letztes Jahr urteilte, ein KI-Konzern dürfe ein Buch zwar nicht stehlen, ein rechtmässig erworbenes Exemplar aber sehr wohl fürs Training nutzen, ergibt sich daraus ein merkwürdiges Ritual: erst kaufen, dann scannen, dann vernichten. Die Zerstörung ist kein Betriebsunfall – sie ist der juristische Kniff, der aus Aneignung legale Verwertung macht.

Frisches Blut, in Leinen gebunden

Wer die Tragweite dieser Bücherjagd begreifen will, muss beim Training der Sprachmodelle ansetzen. Das Training verstärkt das Häufige und dämpft das Seltene. Jede Modellgeneration entwickelt kleine Eigenarten, Ticks unterhalb der Wahrnehmungsschwelle. Füttert man diese Eigenarten als Trainingsmaterial in die nächste Generation, gelten sie plötzlich als typisch und werden weiter verstärkt. Nach wenigen Zyklen pflegt die Maschine nur noch ihre eigene Verderbnis und wird für jeden ernsthaften Zweck unbrauchbar. Sie ist kollabiert. Selbst eine spätere Auffrischung mit menschlichem Material tilgt manche der erworbenen Marotten nicht mehr.

Die Untoten beissen die Lebenden und verwandeln sie in ihresgleichen, bis niemand mehr übrig ist, von dem sie zehren könnten. Genau in dieser Zwickmühle stecken die Modellhersteller. Sie haben fast alles ausgesogen, was Menschen je geschrieben und veröffentlicht haben, und drohen nun, sich an ihrem eigenen Auswurf zu vergiften. Der Vampir zieht von Antiquariat zu Antiquariat und fragt nach unverdorbenem Blut. Der untote Aristokrat, in «Dracula» und «Twilight» als «Gentleman-Vampir» dargestellt, betört seine Opfer mit Charme und verführt sie mit unwiderstehlicher Anziehungskraft, ehe er sie aussaugt. Die alten Bücher sind das frische Blut, ohne das er nicht existieren kann.

Grabschänder in der Bibliothek

Man kann diese Geschichte auf zwei Arten lesen. Es ist die Blamage der Tech-Bros, die einst behaupteten, das Buch überflüssig gemacht zu haben, und nun einräumen müssen, ohne dessen Körper nicht überleben zu können. Und es ist die Erniedrigung des Buches selbst, das nicht mehr gelesen, sondern zu Futter degradiert und bloss noch verstoffwechselt wird. Der Schredder ist dabei kälter als jeder Scheiterhaufen. Die Scanmaschine hasst nicht, sie frisst gleichgültig, und was sie ausspuckt, ist Papierkonfetti. Der kulturelle Schaden ist gewaltig: Das klassische Antiquariat funktioniert wie eine zirkulierende Bibliothek, in der alte Titel immer wieder in Umlauf kommen. Werden vergriffene Bücher nun massenhaft zu Alt-

papier verarbeitet, konzentriert sich das gedruckte Erbe der Menschheit unwiederbringlich als exklusiver Datenschatz in den Händen weniger Konzerne. Der Vorgang gleicht Rohstoffabbau: Ein vorhandener Bestand wird ausgebeutet, aber nicht erneuert.

Am Ende bleibt der unbequeme Befund: Selbst das reinste fremde Blut rettet den Vampir nur auf Zeit. Der Vorrat an Büchern aus der Welt vor der „Künstlichen Intelligenz“ ist gross, aber er erneuert sich nicht. Mit jedem Jahr verschiebt sich die Grenze der Unschuld weiter in die Vergangenheit, denn alles, was seither entsteht, trägt potentiell bereits die Handschrift der Maschine. Irgendwann ist die letzte unberührte Palette verdaut. Dann bleibt der Maschine nur noch das, wovor sie gerade flieht: ihr eigenes Echo.

Der Schluss: Enteignet die Vampire

Und genau hier liegt die eigentliche Lehre, die die Herren der Rechenzentren am wenigsten hören wollen: Was sie da verschlingen, ist nicht bloss «Rohstoff», es ist geronnene menschliche Arbeit. Jeder Satz in jedem verramschten Reclam-Heftchen ist das Produkt eine_r Autor_in, eine_r Übersetzer_in, deren Arbeit heute in Serverfarmen verwertet wird, ohne dass ein Rappen davon je zurückfliesst zu denen, die das kulturelle Erbe der Menschheit tatsächlich geschaffen haben. Die Aneignung ist keine Anekdote am Rande der KI-Geschichte, sie ist ihr Geschäftsmodell: fremde Arbeit in Gewinn verwandeln und das Ergebnis als «Innovation» verkaufen.

Der Vampir stirbt nicht am Sonnenlicht, sondern am Widerstand seiner Nahrung. Wenn die Substanz, aus der die Modelle ihren Wert schöpfen, das kollektive Werk der arbeitenden Menschheit ist, dann kann diese Substanz auch der arbeitenden Menschheit gehören. Bibliotheken, Archive, das gesamte gedruckte Erbe sollten nicht Aktivposten in der Bilanz einiger Konzerne sein, sondern Gemeingut, kollektiv verwaltet, kollektiv nutzbar, den Profitinteressen entzogen.

Der Sarg, in dem die Vampire der Tech-Branche ruhen, ist aus geliehenem Holz gezimmert – aus unserem Holz. Es wird Zeit, ihn zu öffnen und ans Licht zu zerren.

IMPRESSUM Herausgeberinnen: Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich/Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org/Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org
Redaktion (red): Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Basel (agbs), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agaf), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkk), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj), Arbeitsgruppe Frauenkampf (agfk), Frauenkampfkollektiv (fkk), Rote Hilfe International (rhi).

Redaktion und Vertrieb Schweiz: aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU Basel: Bläsiring 86 (Parterre), Öffnungszeiten auf Anfrage, E-Mail: basel@aufbau.org **Winterthur:** Grenzstrasse 38, E-Mail: winterthur@aufbau.org
Zürich: Meinrad-Lienertstrasse 15, im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus), jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

VERKAUFSTELLEN Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich/Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich/Buch am Platz, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur/Buchhandlung im Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4/Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern/Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern/Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen/Paranoia City, Ankerstrasse 12, 8004 Zürich/Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel. **Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg/Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstraße 125, 70190 Stuttgart/Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D – 70199 Stuttgart-Heslach/Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn/Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg/Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43, 80799 München/Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin/Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.